

Spektrum
der Wissenschaft

KOMPAKT

EUROPA

DER SCHWIERIGE WEG **ZUR GEMEINSCHAFT**

Linguistik

Wo lebten die Urahnen
der Indoeuropäer?

Identifikation

Psychologie allein
reicht nicht

Migration

Der Mythos
Völkerwanderung



Antje Findekle
E-Mail: findekle@spektrum.de

Liebe Leserin, lieber Leser,
fühlen Sie sich als Europäerin beziehungsweise Europäer? Heimisch in dieser beeindruckenden Vielfalt verschiedener Kulturen und Entwicklungen? Es würde jegliche Grenzen eines Kompakts sprengen, alle Facetten dieser Fragen zu untersuchen. So beschränken wir uns auf ein paar ausgewählte Momente der Geschichte, die zeigen, wie hochdynamisch und auch konfliktreich der Weg des Zusammenwachsens war. Und die Gegenwart offenbart, dass wir noch eine gute Strecke bis zum Ziel vor uns haben. Ob wir es je erreichen?

Eine spannende Lektüre wünscht Ihnen

Erscheinungsdatum dieser Ausgabe: 08.04.2019

Folgen Sie uns:



CHEFREDAKTEURE: Prof. Dr. Carsten Könneker (v.i.S.d.P.)
REDAKTIONSLEITER: Dr. Daniel Lingenhöhl
ART DIRECTOR DIGITAL: Marc Grove
LAYOUT: Oliver Gabriel, Marina Männle
SCHLUSSREDAKTION: Christina Meyberg (Lt.), Sigrid Spies, Katharina Werle
BILDREDAKTION: Alice Krüßmann (Lt.), Anke Lingg, Gabriela Rabe
PRODUKTMANAGEMENT DIGITAL: Antje Findekle, Dr. Michaela Maya-Mrschik
VERLAG: Spektrum der Wissenschaft Verlagsgesellschaft mbH, Tiergartenstr. 15–17, 69121 Heidelberg, Tel. 06221 9126-600, Fax 06221 9126-751; Amtsgericht Mannheim, HRB 338114, UStd-Id-Nr. DE229038528
GESCHÄFTSLEITUNG: Markus Bossle
MARKETING UND VERTRIEB: Annette Baumbusch (Lt.), Michaela Knappe (Digital)
LESER- UND BESTELLSERVICE: Helga Emmerich, Sabine Häusser, Ilona Keith, Tel. 06221 9126-743, E-Mail: service@spektrum.de

BEZUGSPREIS: Einzelausgabe € 4,99 inkl. Umsatzsteuer
ANZEIGEN: Wenn Sie an Anzeigen in unseren Digitalpublikationen interessiert sind, schreiben Sie bitte eine E-Mail an service@spektrum.de.

Sämtliche Nutzungsrechte an dem vorliegenden Werk liegen bei der Spektrum der Wissenschaft Verlagsgesellschaft mbH. Jegliche Nutzung des Werks, insbesondere die Vervielfältigung, Verbreitung, öffentliche Wiedergabe oder öffentliche Zugänglichmachung, ist ohne die vorherige schriftliche Einwilligung des Verlags unzulässig. Jegliche unautorisierte Nutzung des Werks berechtigt den Verlag zum Schadensersatz gegen den oder die jeweiligen Nutzer. Bei jeder autorisierten (oder gesetzlich gestatteten) Nutzung des Werks ist die folgende Quellenangabe an branchenüblicher Stelle vorzunehmen: © 2019 (Autor), Spektrum der Wissenschaft Verlagsgesellschaft mbH, Heidelberg. Jegliche Nutzung ohne die Quellenangabe in der vorstehenden Form berechtigt die Spektrum der Wissenschaft Verlagsgesellschaft mbH zum Schadensersatz gegen den oder die jeweiligen Nutzer. Bildnachweise: Wir haben uns bemüht, sämtliche Rechteinhaber von Abbildungen zu ermitteln. Sollte dem Verlag gegenüber der Nachweis der Rechtsinhaberschaft geführt werden, wird das branchenübliche Honorar nachträglich gezahlt. Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte und Bücher übernimmt die Redaktion keine Haftung; sie behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

SEITE
04

JUNGSTEINZEIT
Die ersten Bauern Europas



LOTHARINGIA / STOCK.ADOBE.COM

SEITE
14

LINGUISTIK
Wo lebten die Urahnen der Indoeuropäer?



KATIEK2 / GETTY IMAGES / ISTOCK

WIENER KONGRESS
Die Stunde der Reaktion

SEITE
46



MAYA-S.FOTOGRAFIE / STOCK.ADOBE.COM

JUDENFEINDLICHKEIT
Die tausendundein Gesichter des Antisemitismus

SEITE
57



TZAHIV / GETTY IMAGES / ISTOCK

- 04 JUNGSTEINZEIT
Die ersten Bauern Europas
- 14 LINGUISTIK
Wo lebten die Urahnen der Indoeuropäer?
- 26 STEINARTEFAKTE
Eine gemeinsame Wurzel der Megalithkultur?
- 29 SPÄTANTIKE
Mythos Völkerwanderung
- 35 KARL DER GROSSE
Europas karolingisches Erbe
- 41 NEUZEIT
War der Dreißigjährige Krieg europäisch?
- 46 WIENER KONGRESS
Die Stunde der Reaktion
- 57 JUDENFEINDLICHKEIT
Die tausendundein Gesichter des Antisemitismus
- 62 IDENTIFIKATION
»Psychologie allein wird Europa nicht retten«

JUNGSTEINZEIT

Die ersten Bauern Europas

von Joachim Burger und Stephen Shennan

Es dauerte Jahrhunderte, Ackerbau und Viehzucht zu entwickeln. Um vom Nahen Osten aus den europäischen Kontinent zu erfassen, benötigte die neolithische Revolution sogar einige tausend Jahre. Paläogenetiker gewinnen Erbgut aus prähistorischen Knochen, etwa um Migrationswege zu rekonstruieren. Dabei gilt es, die Kontamination der Proben mit eigener DNA zu vermeiden.

Europas Zukunft begann vor gut 12 000 Jahren im Nahen Osten. Denn ob wir Satelliten ins All schicken, mit Staudämmen neue Anbauflächen erschließen oder Fotos in einem Forum posten, jegliche technologische Entwicklung der Moderne gründet letztlich in einer Schlüsselinnovation der Steinzeit: der Landwirtschaft, die im Nahen Osten ihren frühesten Anfang nahm. Sie ernährte mehr Menschen, als es Jagen und Sammeln je ermöglicht hätten, verlangte Sesshaftigkeit und die Organisation gemeinschaftlicher Aufgaben. Und sie setzte die bäuerlichen Grup-

pen in Bewegung. Nach der Ankunft des *Homo sapiens* vor gut 40 000 Jahren erlebte Europa mit den ersten sesshaften Bauern die zweite große Migrationswelle.

23 000 Jahre alte Mahlsteine, mit denen man Samen wilder Formen von Weizen, Hafer und Gerste zerrieb, entdeckten israelische Archäologen am See Genezareth. Doch diesen ersten Versuchen war noch kein langfristiger Erfolg beschieden, denn die Eiszeit nahm noch einmal Fahrt auf. Gut 10 000 Jahre später stimmten endlich die klimatischen Bedingungen, und zwischen Südostanatolien, Nordsyrien und den westlichen Teilen von Irak und Iran lösten sich Jäger und Sammler allmählich von den Traditionen ihrer Vorfahren. Nach drei weiteren Jahrtausenden brachten Nachkommen dieser Pioniere eine entwickelte Landwirtschaft nach Europa.

Wohlgemerkt beruhte der Anbruch der Jungsteinzeit, fachlich Neolithikum, nicht auf einer kulturellen Überlegenheit. Das Leben der Bauern dürfte nicht weniger hart gewesen sein als das der nomadischen Wildbeuter. Doch die neue Wirtschaftsweise ernährte mehr Menschen, machte Frauen fruchtbarer und senkte die Kindersterblichkeit. So wuchs die Zahl der Dorfbewohner im Gebiet des Fruchtbaren Halbmonds – die so genannte neolithische Revolution war letztlich ein demografischer Effekt.

Bis dahin war es aber ein weiter Weg. Es gab keine Planungsteams, die Zukunftsszenarien entwickelten und Maßnahmen zur Umsetzung definierten. Die Jungsteinzeit startete als Abfolge kurzfristiger Entscheidungen, deren langfristige Konsequenzen nicht absehbar waren. So begann die Nutz-

Joachim Burger ist Populationsgenetiker und Anthropologe an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz.

Stephen Shennan ist Prähistoriker und arbeitet am University College London (UCL).

pflanzenzucht vermutlich mit der Hege wilder Gräser. Wo es reichlich davon gab, blieben die Menschen seit jeher am Ort, statt weiterzuziehen. Um den Ertrag zu steigern, begannen sie einen Teil der Ernte wieder auszubringen.

Ein beeindruckendes Zeugnis der unmittelbar vorhergehenden Zeit, sozusagen vom Vorabend des Neolithikums, ist die Kultstätte vom Göbekli Tepe. Dieses großartige Monument im Südosten der heutigen Türkei wurde in den 1990er Jahren von dem deutschen Prähistoriker Klaus Schmidt ausgegraben. Die kreisförmige Anlage entstand wohl um 10 000 v. Chr. und ist damit 7000 Jahre älter als Stonehenge oder die Pyramiden von Gise. Dabei waren ihre Schöpfer Jäger und Sammler, die zwar schon Pflanzen anbauten, denen Prähistoriker aber eine solche Kulturleistung nicht zugetraut hatten. Viele hundert Menschen müssen am Bau beteiligt gewesen sein.

Als der Archäobotaniker George Willcox vom französischen Centre National de Recherche Scientifique Ende des 20. Jahrhunderts Getreidereste aus Jerf el Ahmar untersuchte, einer archäologischen Stätte am Ufer des Euphrats in Syrien, fand er noch keine sichtbaren Unterschiede zu

den Produkten der Wildpflanzen – nach 500 Jahren Neolithikum. Die Körner waren klein und wurden noch nicht von einem Halteapparat fixiert, der sie daran hinderte abzufallen – in der Natur dient dies der Vermehrung.

In den folgenden Jahrhunderten wurden Pflanzen, die auf Grund zufälliger Mutationen über festere Haltestrukturen verfügten, verhältnismäßig häufiger geerntet. So entstand nach und nach eine Form, bei der reife Samen fest in der Ähre blieben. Domestikation war also ein unbeabsichtigtes Ergebnis menschlichen Erntens. Außerdem wurde die Saat jetzt eingegraben, weshalb man größere Samenkörner bevorzugte. So begann ein unbewusster und sehr langsamer Prozess der Selektion der Ernte, der die Qualität der Kulturpflanzen steigerte. Erstaunlich ist, dass dieser komplizierte Prozess an vielen unterschiedlichen Orten des Fruchtbaren Halbmonds parallel stattfand.

Die bäuerliche Lebensweise brachte die genannten demografischen Vorteile: Paare zeugten mehr Nachkommen, die jeweils größere Chancen hatten, das Erwachsenenalter zu erreichen. Und all das dank der Kohlenhydrate aus Getreide, der Proteine

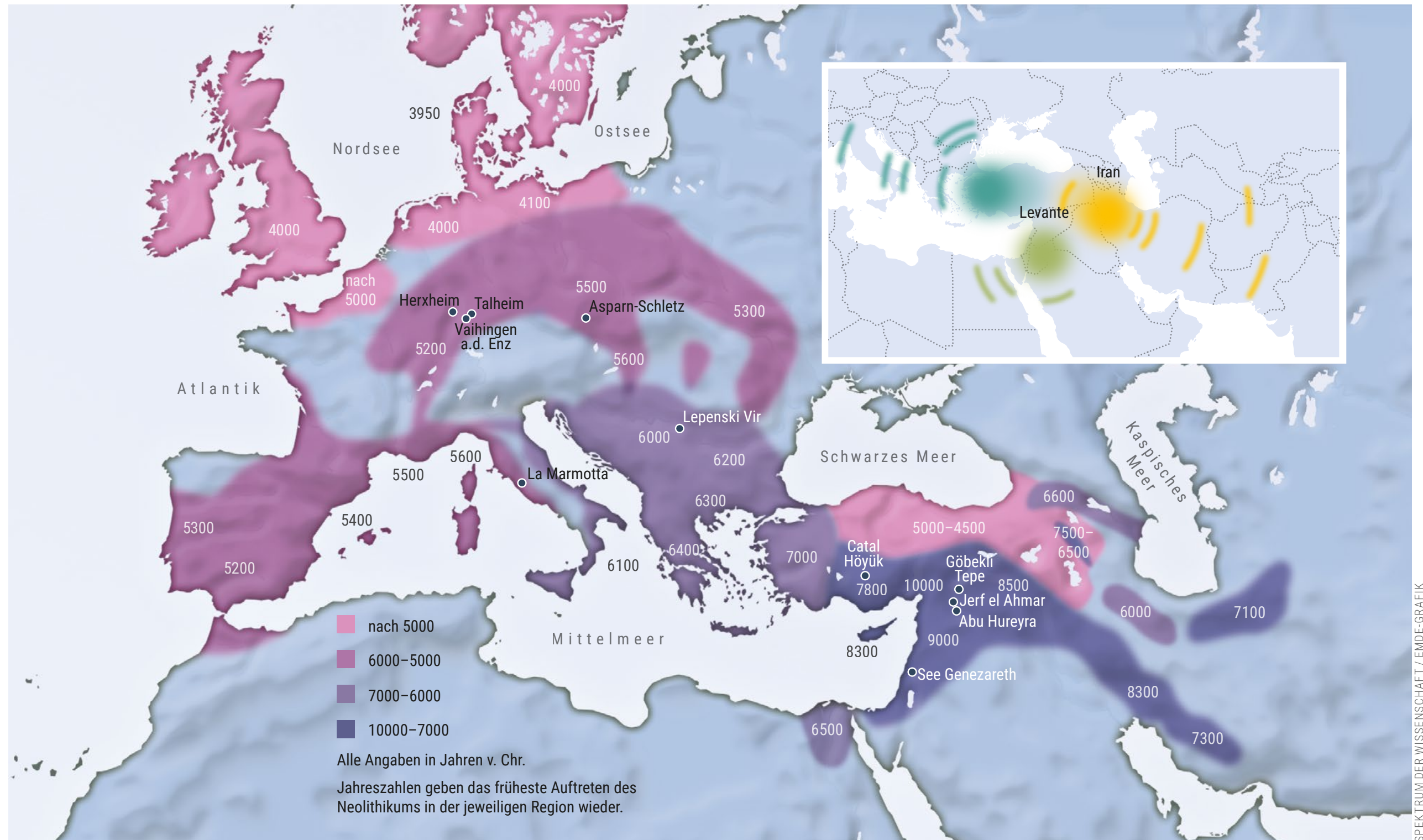
AUF EINEN BLICK

Revolution in Zeitlupe

- 1 Etwa 10 000 v. Chr. begannen Wildbeuter im Gebiet des Fruchtbaren Halbmonds Pflanzen nicht nur zu sammeln, sondern deren Samen wieder auszubringen und dabei zunächst unbeabsichtigt auch zu selektieren.
- 2 Ackerbau und die sich ebenfalls entwickelnde Viehzucht ließen die Bevölkerungszahlen steigen. Der Erfolg der Landwirtschaft motivierte daher immer wieder zur Gründung neuer Siedlungen.
- 3 Jene Gruppen, die im 6. Jahrtausend v. Chr. Mitteleuropa erreichten, stammten laut paläogenetischer Analysen ursprünglich aus dem nordwest- und zentral-anatolischen Raum.

Neolithisierung

Ackerbau und Viehzucht verbreiteten sich im frühen Neolithikum nach und nach vom Vorderen Orient aus in alle Himmelsrichtungen. Dabei trugen drei unterschiedliche Bevölkerungsgruppen den neuen Lebensstil weiter.



aus Hülsenfrüchten wie Linsen, Erbsen, Kichererbsen und Bitterwicken sowie der Fette aus den ölhaltigen Samen des Flachs.

Bauer und Jäger – sich ergänzende Lebensweisen

Das zweite Standbein der Landwirtschaft zu entwickeln, die Viehzucht, war um nichts einfacher. Bevor aus wilden Aurochen echte Hausrinder wurden, sollten sogar mehrere Jahrtausende vergehen. Dasselbe gilt für Ziege, Schaf und Schwein.

Die Landwirtschaft war mitunter keine zuverlässige Methode, sich mit Nahrung zu versorgen. Zum Glück hatte man nicht verlernt zu jagen. Am Ende des 9. Jahrtausends v. Chr. betrug der durchschnittliche Anteil solcher Beute noch 80 Prozent, erst mehr als 1500 Jahre später weniger als 20 Prozent. Aus Nebenerwerbslandwirten waren Gelegenheitsjäger geworden. Selbst dabei gab es noch Ausnahmen: Im syrischen Tell Abu Hureyra lebte man sogar im frühen 8. Jahrtausend noch zu 90 Prozent von der Jagd.

Vermutlich zielte die Tierhaltung auch nicht allein auf den Fleischgewinn. Der französische Archäozoologe Jean-Denis Vigne stellte nämlich bei der Analyse tausender Rinder-, Schaf- und Ziegenknochen

aus frühneolithischen Fundplätzen fest, dass überraschend viele männliche Jungtiere geschlachtet worden waren. Er vermutet: Weibliche Tiere lieferten Milch, ein energiereiches und gesundes Nahrungsmittel, das sich zu Jogurt, Sauermilch oder Käse verarbeitet für kurze Zeit lagern ließ. Tatsächlich wurden Spuren von Milchprodukten in einigen der ältesten neolithischen Tongefäßen nachgewiesen.

Der demografische Effekt führte im Nahen Osten und in Anatolien zum Anwachsen der Siedlungen. Bekanntes Beispiel ist die Großsiedlung Çatal Höyük in der Türkei. Seit 7100 v. Chr. wohnten dort zwischen 3000 und 8000 Menschen dicht gedrängt. Die Häuser waren teilweise aneinandergelagert, oft nur vom Dach aus zu betreten. Das Bevölkerungswachstum führte letztendlich auch dazu, dass die neolithische Kultur ab etwa 7000 v. Chr. ihre Ursprungszone verließ und über das zentralanatolische Hochland nach Westen bis ans Marmarameer und die Ägäis expandierte. Es gab wohl noch eine weitere Route, die vermutlich über die Südküste der heutigen Türkei die Ägäis erreichte. Nur wenige Jahrhunderte später war das Neolithikum zum ersten Mal auf europäischem Festland nachweisbar. Die

Expansion der Neolithiker verlief also in vielen Schritten, bei denen es kein Zurück gab – man brach stets aus einem Gebiet auf, das weiterhin besiedelt blieb.

2016 haben die Autoren dieses Beitrags zusammen mit Kollegen die ersten Genome von Skeletten aus dem neolithischen Ursprungsgebiet untersucht. Solche von Fundorten des östlichen Teils, im heutigen Iran, unterschieden sie sich überraschenderweise deutlich vom Erbgut der Neolithiker im westlichen Teil, dem heutigen Nordwesten Anatoliens. Unser Kollege David Reich von der Harvard University entdeckte sogar eine dritte genetische Gruppe in der Levante.

Wie unsere amerikanischen Kollegen verglichen wir die Paläogenome auch mit denen heute lebender Bevölkerungen. So ergab sich dieses vorläufige Bild: Während Neolithiker aus dem östlichen Kerngebiet offenbar nach Mittelasien und Indien ausgewandert waren, zogen jene aus der Levante gen Süden, möglicherweise bis Nordafrika. Die westliche Gruppe hingegen sollte ab der Mitte des 7. Jahrtausends v. Chr. Europa besiedeln.

Die Migranten führten domestizierte Rinder, Ziegen und Schafe mit sich; sie be-

herrschten den Ackerbau und die Töpferei und errichteten Holzhäuser. Dieses Paket gaben sie ebenso wie ihre Gene von Generation zu Generation weiter. Andere kulturelle Errungenschaften gaben sie hingegen auf: Sie lebten in kleinen Dörfern, nicht in Großsiedlungen; auch errichteten sie keine monumentalen Tempel. Selbst die in Çatal Höyük entdeckte spirituelle Bilderwelt fand offenbar keine Fortsetzung. Komplexes Kulturschaffen, Urbanität und Monumentalität blieben im neolithischen Kerngebiet zurück und legten die Grundlagen für die Hochkulturen Mesopotamiens, Anatoliens und Ägyptens. Das prähistorische Europa war dagegen bis weit in die Bronzezeit eine Welt der einfachen Bauern.

Das verwundert, und so wurde bis vor wenigen Jahren auch die Möglichkeit in Betracht gezogen, nicht Menschen, sondern lediglich deren Kenntnisse seien aus Anatolien in unsere Breiten gelangt, beispielsweise über ein Fernhandelsnetz. Die dort lebenden Wildbeuter hätten das Wissen übernommen und ihre Lebensweise umgestellt. Bereits 2009 konnten wir diese These mit Hilfe der DNA aus Skeletten widerlegen, und dank der sich immer weiter entwickelten Verfahren der Paläogenetik steht inzwischen



KULTSTÄTTE

Am Vorabend der Jungsteinzeit, wohl zwischen 9600 und 8800 v. Chr., entstand eine monumentale Kultstätte auf dem Göbekli Tepe im Südosten der heutigen Türkei. Jäger und Sammler, die wohl gerade sesshaft geworden waren, hatten sie errichtet.

fest: Alle frühen Bauern Europas – einerlei ob in Ungarn, Deutschland oder Spanien – stammen von jenen ab, die im 7. Jahrtausend v. Chr. in der nördlichen Ägäis lebten.

Der Kontinent wurde ab etwa 6500 v. Chr. schubweise »erobert«. Auf dem Landweg gelangten kleine Gruppen der Neolithiker in den Südosten des Balkanraums, ab 5600 v. Chr. ging es in einer großen Bewegung vom Karpatenbecken nach Mitteleuropa. Hier hinterließen die Neuankömmlinge ihre charakteristische Keramik: In den Ton vor dem Brennen eingeritzte Linienbänder, die meist Spiralen und Mäander bilden. Die »Bandkeramiker« bevorzugten die fruchtbaren Lössböden in den Tälern der Mittelgebirge, die sich zum Ende der letzten Eiszeit durch den Wind dort angesammelt hatten. Es waren kleine Ackerflächen, die dafür umso intensiver bewirtschaftet und mit Gülle gedüngt wurden. Für Brunnenkästen verwendete Hölzer aus Siedlungen im heutigen Sachsen waren so gut erhalten, dass Dendrochronologen den Bau der Anlagen auf um 5100 v. Chr. bestimmen konnten. Etwa zeitgleich ist das Neolithikum im Pariser Becken greifbar.

Parallel dazu muss es eine Mittelmeerroute entlang der Küsten gegeben haben,

anders lässt sich die zügige Neolithisierung des Tyrrhenischen Meers, der Südküste Frankreichs, des Nordens Afrikas und der Iberischen Halbinsel innerhalb von 500 Jahren nicht erklären. Bootsreste aus dieser Zeit haben sich leider kaum erhalten. Eine Ausnahme ist das gut zehn Meter lange Kanu aus der Mitte des 6. Jahrtausends v. Chr., das am Fundplatz La Marmotta nahe Rom zu Tage kam. Damit hätten Mutige immerhin nach Spanien paddeln können. Ob es auch zum Transport von Tieren, Saatgut und Werkzeugen taugte, gilt aber eher als fraglich.

Wie verliefen die Kontakte zwischen den Neolithikern und der alteingesessenen Bevölkerung aus Wildbeutern? Sie gehörten nicht nur verschiedenen Kulturen an, sondern sprachen vermutlich auch andere Sprachen und unterschieden sich auch äußerlich, wie Genanalysen zeigen.

Vereinzelte Kontakte zu Wildbeutern

Archäologische Belege für größere Ansammlungen von Jägern und Sammlern im Mittel- und Südeuropa des frühen Neolithikums wie am Fundplatz Lepenski Vir in Serbien sind vergleichsweise spärlich. Das spricht für eine geringe Bevölkerungs-

dichte und somit für wenige Begegnungen. Beute gab es ohnehin eher in den Waldgebieten der Mittelgebirge, die immer noch die vorherrschende Landschaftsform südlich der norddeutschen Tiefebene darstellte. Die Mehrzahl der europäischen Wildbeuter lebte zu dieser Zeit weiter im Norden, vor allem an der Ostsee, deren Fischreichtum ein gutes Auskommen ermöglichte.

Und dennoch muss es auch weiter südlich vereinzelt Kontakt zwischen Wildbeutern und Bauern gegeben haben. Die Paläogenetikerin Zuzana Hofmanova, damals an der Universität Mainz, identifizierte 2016 den direkten Nachkommen einer Liaison mit eingewanderten Neolithikern unter den Knochenfunden von Lepenski Vir. Offensichtlich sorgten die fischreichen Gründe der Donau für ausreichend ökonomische Grundlagen, so dass einwandernde Bauern in Jäger-und-Sammler-Gemeinschaften »einheirateten«. Dergleichen wiederholte sich immer wieder dort, wo Jagen und Fischen erfolgreich war, sonst blieben die Landwirte unter sich. Folglich ist die Vermischungsrate im frühen Neolithikum Mitteleuropas grundsätzlich gering, denn nur wenige Landstriche sind besser geeig-



LANGHAUS DER JUNGSTEINZEIT

Während die kulturellen Errungenschaften im Ursprungsgebiet weiter gepflegt wurden und in Mesopotamien zur Gründung der ersten Städte führten, gingen sie auf dem Weg nach Mitteleuropa offenbar verloren: Die frühen Landwirte lebten ab 5500 v. Chr. in hölzernen, mitunter mehr als 20 Meter langen Häusern in Dörfern mit maximal 300 bis 400 Einwohnern.

net für Viehwirtschaft und Ackerbau als die Mitte Europas. Und wieder einmal wuchs die Bevölkerung.

Doch gut 500 Jahre später, Anfang des 5. Jahrtausends v. Chr., sank die Siedlungsdichte offenbar vielerorts. Im Rheinland etwa verraten Baumpollen, dass der Wald gerodete Ackerflächen zurückeroberte. Dazu kommen grausige Skelettfunde: Nahe dem heutigen Herxheim in der Pfalz wurden etliche Skelette von Bandkeramikern rituell verstümmelt, beim baden-württembergischen Talheim hatte man Dutzende ermordet, der Fundplatz Asparn-Schletz in Niederösterreich wird als Ort eines regelrechten Massakers gedeutet. Allenthalben stoßen Ausgräber auf die Anzeichen einer dramatischen Krise. Waren die Böden ausgelaugt, und Hunger drohte? Bislang rätseln die Prähistoriker über die Gründe des Niedergangs. Manche lehnen eine solche dramatische Kennzeichnung ohnehin ab und sprechen lediglich von einem sozialen Wandel. Doch das erklärt weder den Bevölkerungsrückgang, den Forscher in vielen Gebieten festgestellt haben, noch den Zusammenbruch eines Netzwerks für den Fernhandel mit hochwertigem Feuerstein, über das noch wäh-

rend der Bandkeramikzeit große Teile Mitteleuropas versorgt wurden.

Aus genetischer Sicht zeigt sich in Zentraleuropa nun eine stärkere Vermischung mit Jäger-und-Sammler-Gruppen, was als indirektes Zeichen für einen Bevölkerungsrückgang der Bauerngesellschaften gewertet werden kann. Und so sollte es weitere tausend Jahre dauern, bis auch die nördlichen Gebiete Europas neolithisiert waren. Ab 4100 v. Chr. »infiltrierten« Bauern die in Norddeutschland und Skandinavien lebenden Jäger-und-Fischer-Gruppen. Auch die Nordsee war kein Hindernis: Eine Vergleich der Genome von Jägern und Sammlern und frühen Bauern der Britischen Inseln bewies, dass die Landwirtschaft offenbar von Kontinentaleuropäern eingeführt wurde, überraschenderweise wohl von Nachkommen jener Neolithiker, die der Mittelmeerroute gefolgt waren.

Zum Ende der Jungsteinzeit wird Europa von gemischten Gruppen bewohnt, die in unterschiedlichem Maß aus Ackerbauern sowie Jägern und Sammlern hervorgingen. So wächst der Anteil der letzteren Richtung Norden und ist im Gencode der Balten am höchsten, während die heutigen Sarden gleichsam direkte Nachkommen

jener Bauern waren, die vor gut 7000 Jahren auf Sardinien landeten – ein neolithisches Relikt sozusagen.

Allerdings weisen die Genome heutiger Mittel- und Nordeuropäer noch eine dritte Komponente auf. Erst 2015 entdeckten sowohl Reich als auch der dänische Evolutionsgenetiker Eske Willerslev eine direkte Verbindung in die Steppen Osteuropas. Ziemlich genau vor 5000 Jahren brachen irgendwo in der heutigen Ukraine eine Vielzahl von Menschen, mehrheitlich Männer, aus einem unbekannten Grund nach Westen auf. Es handelte sich zweifellos um eine Massenbewegung, denn immerhin ist ihre Genspur bis auf die Britischen Inseln und in den Süden Europas nachzuvollziehen. Nun galt ihre Heimat schon lange als Ursprung der indoeuropäischen Sprachen, Reich und viele Kollegen glauben an einen Zusammenhang. Andere halten weiterhin an der These des britischen Prähistorikers Colin Renfrew fest, wonach zumindest ein Teil der indoeuropäischen Sprachen mit den ersten Neolithikern aus Anatolien kam. Für beide Ansichten gibt es Indizien, die Diskussion ist offen.

Noch existiert kein überzeugendes demografisches Modell, wie die Steppenleute

überhaupt einen derart signifikanten genetischen Effekt haben konnten. War die Bevölkerungszahl Mitteleuropas dermaßen niedrig, dass sich die Männer aus dem Osten leicht einbringen konnten? Oder konnten sie bessere Techniken des Ackerbaus, beispielsweise Pflug und Wagen? Ritten sie gar auf Pferden, einem hier zu Lande damals noch unbekannten Fortbewegungsmittel, das zudem Angriffen eine enorme Wucht verlieh? Archäologen und Paläogenetiker forschen fieberhaft nach weiteren Daten zu dieser Migrationswelle, die Europa während der sich anschließenden Bronzezeit nachhaltig prägen sollte. ↩

(Spektrum der Wissenschaft, Spezial Archäologie – Geschichte – Kultur 4/2018)

Bramanti, B. et al: Genetic Discontinuity Between Local Hunter-Gatherers and Central Europe's First Farmers. In: Science 326, S. 137–140, 2009

Broushaki, F. et al.: Early Neolithic Genomes from the Eastern Fertile Crescent. In: Science 353, S. 499–503, 2016

Hofmanová, Z. et al.: Early Farmers from across Europe Directly Descended from Neolithic Aegeans. In: Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America 113, S. 6886–6891, 2016

Shennan, St.: The First Farmers of Europe. An Evolutionary Perspective. Cambridge University Press 2018



Spektrum
der Wissenschaft
KOMPAKT

**NEOLITHISCHE
REVOLUTION**

vom Jäger und
Sammler zum Bauern

FÜR NUR
€ 4,99

Evolution oder Revolution? | Der lange Weg zur Landwirtschaft
Genetik | Die Milchrevolution
Frühe Landwirtschaft | Mit dem Sensenmann kam der Sensenmann

HIER DOWNLOADEN

ISTOCK / STEFAN_S

LINGUISTIK

Wo lebten die Urahnen **der Indoeuropäer?**

von Paul Heggarty



Dass Latein und Sanskrit miteinander verwandt sind, wissen Gelehrte seit mehr als 200 Jahren. Dank der Zusammenarbeit von Archäologen, Linguisten und Paläogenetikern könnte die Suche nach dem gemeinsamen Ursprung bald beendet sein.

1786 verkündete der Universalgelehrte Sir William Jones, Richter in Britisch-Indien, den staunenden Mitgliedern der Asiatic Society of Bengal: Griechisch und Latein seien Verwandte des indischen Sanskrit. Denn sie ähnelten einander »in den Wurzeln der Verben wie in den grammatischen Formen« zu systematisch, als dass es ein reiner Zufall sein könnte. Vielmehr müsse man von einer gemeinsamen Ursprungssprache ausgehen, die aber wohl nicht mehr existiere.

Dass sich die beiden Hauptsprachen der europäischen Antike ähnelten, war bereits bekannt. Die Zahlen »eins«, »zwei« und »drei« heißen beispielsweise lateinisch »ūnus«, »duo«, »trēs« und griechisch »eis«, »dyo«, »treis«. Vater, Mutter und Bruder waren »pater«, »māter«, »frāter« auf der einen, »patēr«, »mētēr«, »fratēr« auf der anderen Seite. Tatsächlich lauten ihre Entsprechungen im Sanskrit »eka«, »dva«, »trayah« und »pitā«, »mātā«, »bhrātā«.

Paul Heggarty forscht am Max-Planck-Institut für Menschheitsgeschichte in Jena an der Schnittstelle zwischen historischer Linguistik, Archäologie und Paläogenetik.

Jones war dies nicht als Erstem aufgefallen, doch als Mitglied der Royal Society verlieh er der Beobachtung Gewicht.

Obendrein reichte das Phänomen noch weiter: »Sowohl das Gotische als auch das Keltische hatten den gleichen Ursprung wie Sanskrit, und Altpersisch können wir ebenfalls dazurechnen.« Mit der Entwicklung der vergleichenden Sprachwissenschaft einerseits, archäologischen Schriftfunden andererseits wuchs die Zahl der Verwandten, und schließlich reichte die neu entdeckte Sprachfamilie vom Ganges bis zum Oceanus Germanicus, wie man damals die Nordsee noch bezeichnete. Demgemäß prägte der dänisch-französische Geograf Conrad Malte-Brun (1775–1826) den Namen »indogermanisch«, andere begriffen die Sprachfamilie als »indoeuropäisch«. Der Kulturphilosoph Friedrich von Schlegel (1772–1829) plädierte für einen Ursprung in Indien, der deutsche Philologe und Archäologe Gustav Kossinna (1858–1931) sah ihn in Germanien. Insbesondere der australisch-britische Prähistoriker Gordon Childe (1892–1957) brachte die Steppen Südrusslands und der Ukraine mit ihren Hügelgräbern, den Kurganen, ins Spiel. 1956 präzisierte die da-

AUF EINEN BLICK

Bauern kontra Steppenreiter

- 1 Von der Nordsee bis zum indischen Subkontinent ähneln hunderte Sprachen einander so sehr, dass sie offenbar demselben Stammbaum haben angehören.
- 2 Eine Erklärung des Phänomens ist die Migration eurasischer Steppenreiter vor 6000 Jahren, eine andere die Ausbreitung des Neolithikums vor 8500 Jahren.
- 3 Paläogenetische Analysen und algorithmische Stammbaumrekonstruktionen stützen beide Thesen. Möglicherweise lassen sie sich aber miteinander verbinden.

mals an der Harvard University forschende Archäologin Marija Gimbutas: Die indoeuropäische Familie entstamme der Kurgan-Kultur nördlich des Schwarzen und Kaspischen Meeres. Ab etwa 6000 Jahren vor heute seien Reiternomaden von dort ausgewandert, ihre Kultur und Sprache im Gepäck.

Mit der Einwanderung militärisch überlegener Völker erklärten Altertumsforscher damals gern dramatische Umbrüche. Auch der rätselhafte Niedergang der Induszivilisation (etwa 2800–1800 v. Chr.) wurde indoeuropäischen Steppenreitern zugeschrieben, die diese bronzezeitliche Kultur des indischen Subkontinents überannt hätten.

Selbst Childe, der Archäologie mit marxistischer Theorie verknüpfte, blieb dem Zeitgeist verhaftet und nannte die indoeuropäischen Sprachen »das bleibende Geschenk, das die Arier den eroberten Völkern hinterließen, eine exzellente Sprache und die Mentalität, die sie hervorbrachte«. Damit lieferte er Rassentheorikern Argumente für eine natürliche Überlegenheit arischer Völker. Aus heutiger Sicht haben sich nicht nur diese Vorstellungen als Unsinn erwiesen, auch von einer Vorrangstel-

lung indoeuropäischer Sprachen kann keine Rede sein. Ironischerweise leitet sich die Bezeichnung Arier von den Eigennamen antiker Völker Indiens und Persiens her: »arya«.

Paradebeispiel Latein

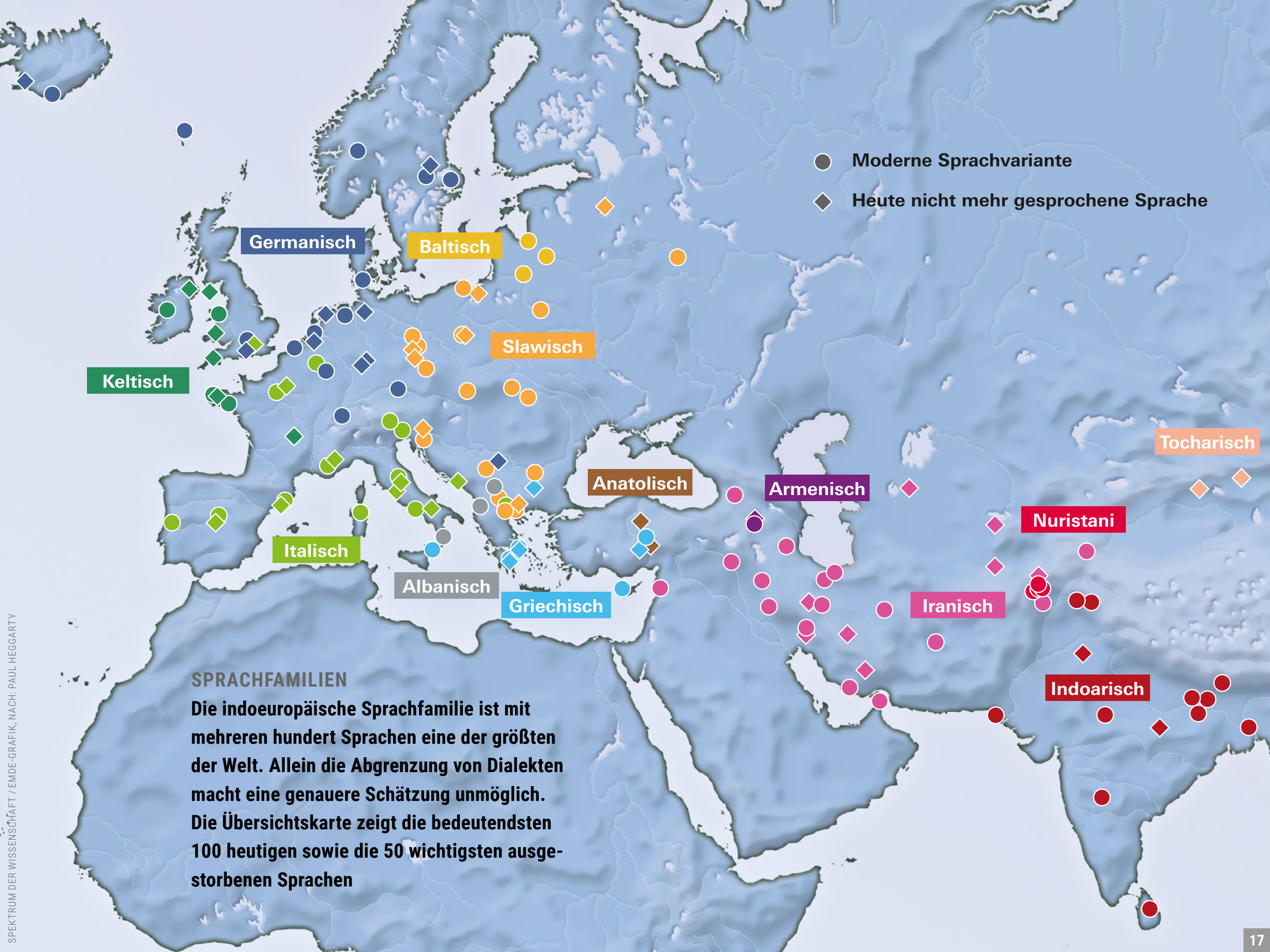
In den 1960er Jahren formierte sich vor allem im angelsächsischen Raum eine New Archaeology, deren Vertreter ein weniger dramatisches, methodisch begründetes Herangehen an die Vorgeschichte forderten. Einer der führenden Vertreter, der Brite Colin Renfrew, stellte 1987 die These auf, Indoeuropäisch sei als Sprache neolithischer Bauern in Zentral- und Ostanatolien entstanden und habe sich gemeinsam mit der Landwirtschaft sowohl nach Europa als auch Richtung Iran und Indien verbreitet.

Wie sich eine Sprache von der Region ihrer Entstehung aus durch Migration verbreitet und welche Wandlungen sie dabei erfährt, illustriert etwa Latein. Es war im 1. Jahrtausend v. Chr. in Latium aufgekommen, dem Umland von Rom. Im Zuge der Expansion des Imperiums gelangte es in viele Provinzen, dominierte einheimische Idiome, veränderte sich aber auch und das auf verschiedene Weise. Im Lauf der Jahr-

hunderte entstanden so die Angehörigen der heutigen verschiedenartigen »romanischen« Sprachgruppe mit dem treffend benannten Rumänisch und Rätoromanisch, Katalanisch, Sardisch und vielen anderen sowie auch die größeren Nationalsprachen Französisch, Italienisch, Spanisch und Portugiesisch.

Zum Indoeuropäischen gehört auch das Keltische, das wohl ebenfalls verschiedene Sprachen hervorgebracht hatte, die in Gallien, Norditalien, Großbritannien, Irland, teilweise auch Spanien und Mitteleuropa gesprochen wurden. Die teils erzwungene, teils freiwillige Annahme der römischen Kultur sowie das Eindringen der Angelsachsen ließ diesen Ast bis auf wenige Zweige absterben: Walisisch, Bretonisch, Irisch und Schottisch-Gälisch.

Neben Jones' »Gotisch« umfasst der germanische Zweig zwei große Sprachgruppen, die aus Migrationen hervorgegangen waren: Auf der einen Seite die skandinavischen Sprachen, auf der anderen die englischen, friesischen, holländischen, platt- und hochdeutschen. Auf dem Kontinent gehört zum Indoeuropäischen noch das Slawische, das sich im Zuge der Völkerwanderung der Spätantike über den Balkan-



- Moderne Sprachvariante
- ◆ Heute nicht mehr gesprochene Sprache

Germanisch

Baltisch

Slawisch

Keltisch

Italisch

Albanisch

Griechisch

Anatolisch

Armenisch

Tocharisch

Nuristani

Iranisch

Indoarisch

SPRACHFAMILIEN

Die indoeuropäische Sprachfamilie ist mit mehreren hundert Sprachen eine der größten der Welt. Allein die Abgrenzung von Dialekten macht eine genauere Schätzung unmöglich. Die Übersichtskarte zeigt die bedeutendsten 100 heutigen sowie die 50 wichtigsten ausgestorbenen Sprachen

raum und Osteuropa ausgebreitet hat. Sein östlichster Vertreter ist Russisch, zu den westlichsten zählt das in Sachsen und Brandenburg gesprochene Sorbisch. Noch weitere aktuelle Zweige der indoeuropäischen Sprachfamilie sind das Baltische, das Albanische und das Armenische. Außerhalb Europas kennen wir die beiden großen Zweige Iranisch und Indisch, deren Trennlinie etwa dem Indus folgt.

Wo alles begann – die drei Modelle

Insgesamt umfasst diese Familie Hunderte von Sprachen, die weit zurück in der Vorgeschichte einem Protoindoeuropäisch entsprossen. Diesen Baum mit all seinen Ästen und Zweigen zu rekonstruieren, war das erste Hauptanliegen der vergleichenden Sprachwissenschaft, die kurz nach Sir William Jones als neue wissenschaftliche Disziplin entstanden ist. Dazu vergleicht man Begriffe und Strukturen, versucht sie in die Vergangenheit zurückzuverfolgen wie Biologen die Entwicklung von Arten rekonstruieren.

Bereits 1806 konstatierte von Schlegel, dass sich korrespondierende Worte im Lateinischen und Deutschen durch eine Lautverschiebung unterscheiden: »piscis« korres-

pondiert mit »Fisch«, »pes« mit »Fuß«, »pater« mit »Vater«. Derselbe Unterschied fällt auch beim Vergleich deutscher Begriffe mit den analogen des Griechischen, des Sanskrits und einigen anderen indoeuropäischen Zweigen auf. Offenbar gehörte ein Laut [p] zum gemeinsamen Ahnen, wurde aber im Germanischen zu [f] (wobei der Laut [f] im Deutschen mitunter auch mit v buchstabiert wird). Der Sprachwissenschaftler Jacob Grimm (1785–1863) formulierte das nach ihm benannte Gesetz, das den germanischen Zweig des Indoeuropäischen definiert. Demnach gehört beispielsweise das Englisch mit »fish«, »feet« und »father« zum germanischen Zweig, Italienisch mit »pesc« , »piede« und »padre« hingegen nicht.

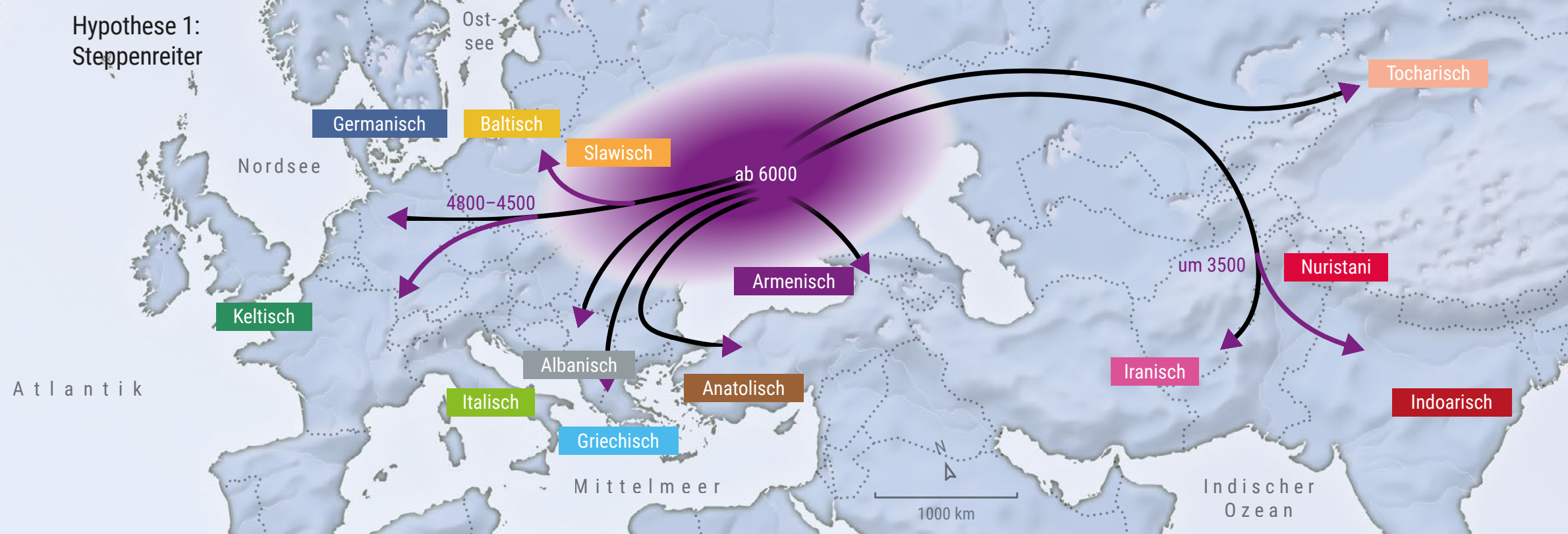
Wie alle Lautverschiebungen bringt diese unsere Anatomie mit ins Spiel. Der Klang, den die Stimmlippen im Kehlkopf hervorbringen, wird im Vokaltrakt auf vielfältige Weise geformt. Konsonanten entstehen immer dann, wenn wir den Atemstrom verengen. So wird er für ein [p] durch Verschluss beider Lippen für etwa eine Zehntelsekunde unterbrochen und dann abrupt wieder gelöst, während der Atemfluss beim [f] zwischen Unterlippe und den Vorderzähnen des Oberkiefers lediglich verengt wird.

Die grimmsche Lautverschiebung zu so genannten Friktions- beziehungsweise Reibelauten betraf auch das [t] des Protoindoeuropäischen, im lateinischen Zahlwort »trēs« verhalten, das aber im Englischen »three« mit [θ] korrespondiert. Aus dem ursprünglichen Laut [k], das sich bei den lateinischen Wörtern »cornu« und »canis« erhalten hat, wurde im germanischen Zweig [h], im Deutschen somit »Horn« und »Hund«.

Viele Komplikationen erschweren die Rekonstruktion des indoeuropäischen Stammbaums. So entspricht manches lateinische [s] einem griechischen [h] etwa in »super« einerseits, »hyper« andererseits. Aber diese Veränderung betraf nur die Konsonanten der Wortanfänge, nicht der -enden: Die Zahl Drei war bei den Römern »trēs«, bei den Griechen »treis«, beide Worte mit [s]. Auch auf einen Konsonanten folgende Vokale beeinflussten sein Schicksal. Aus dem lateinischen [k] wurde im Italienischen ein [č], »tsch« gesprochen, aber nur wenn ein »i« oder »e« folgte.

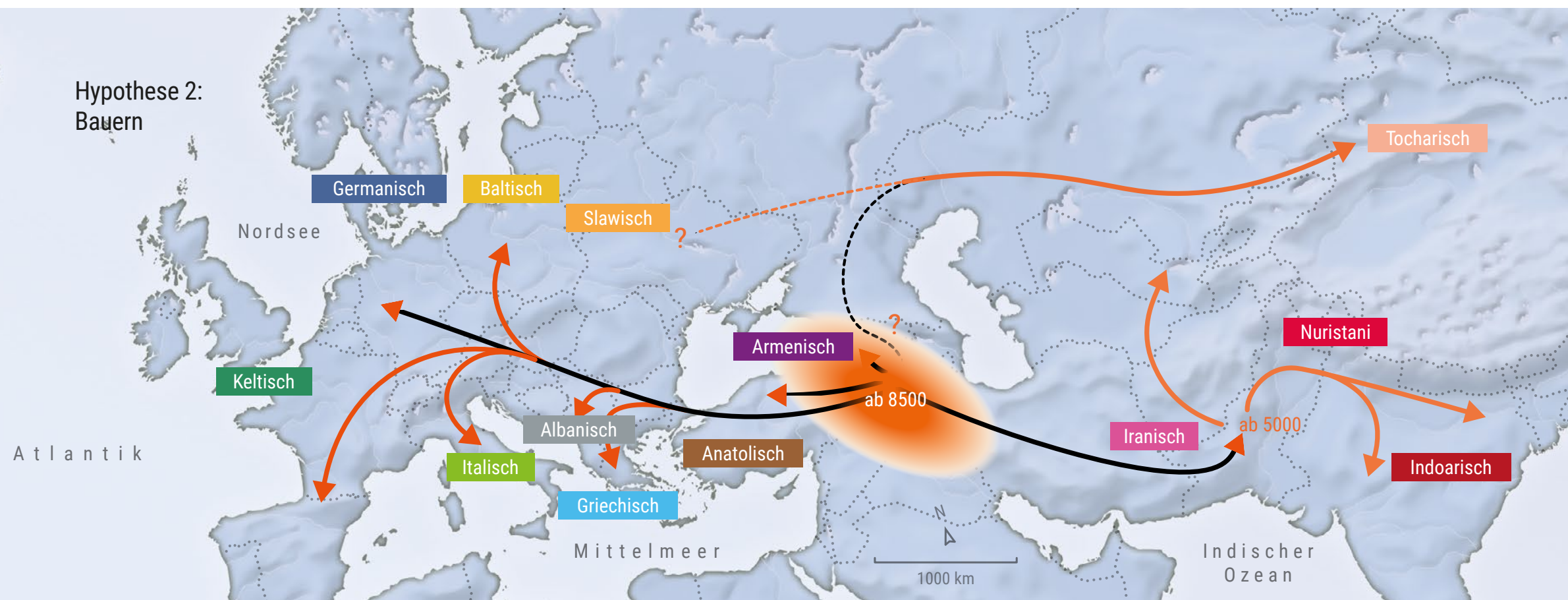
Mehr noch: Mutationen beeinflussen sich gegenseitig. Trotz der grimmschen Lautverschiebung sind der deutschen Sprache [p], [t] und [k] keineswegs fremd, doch

Hypothese 1: Steppenreiter

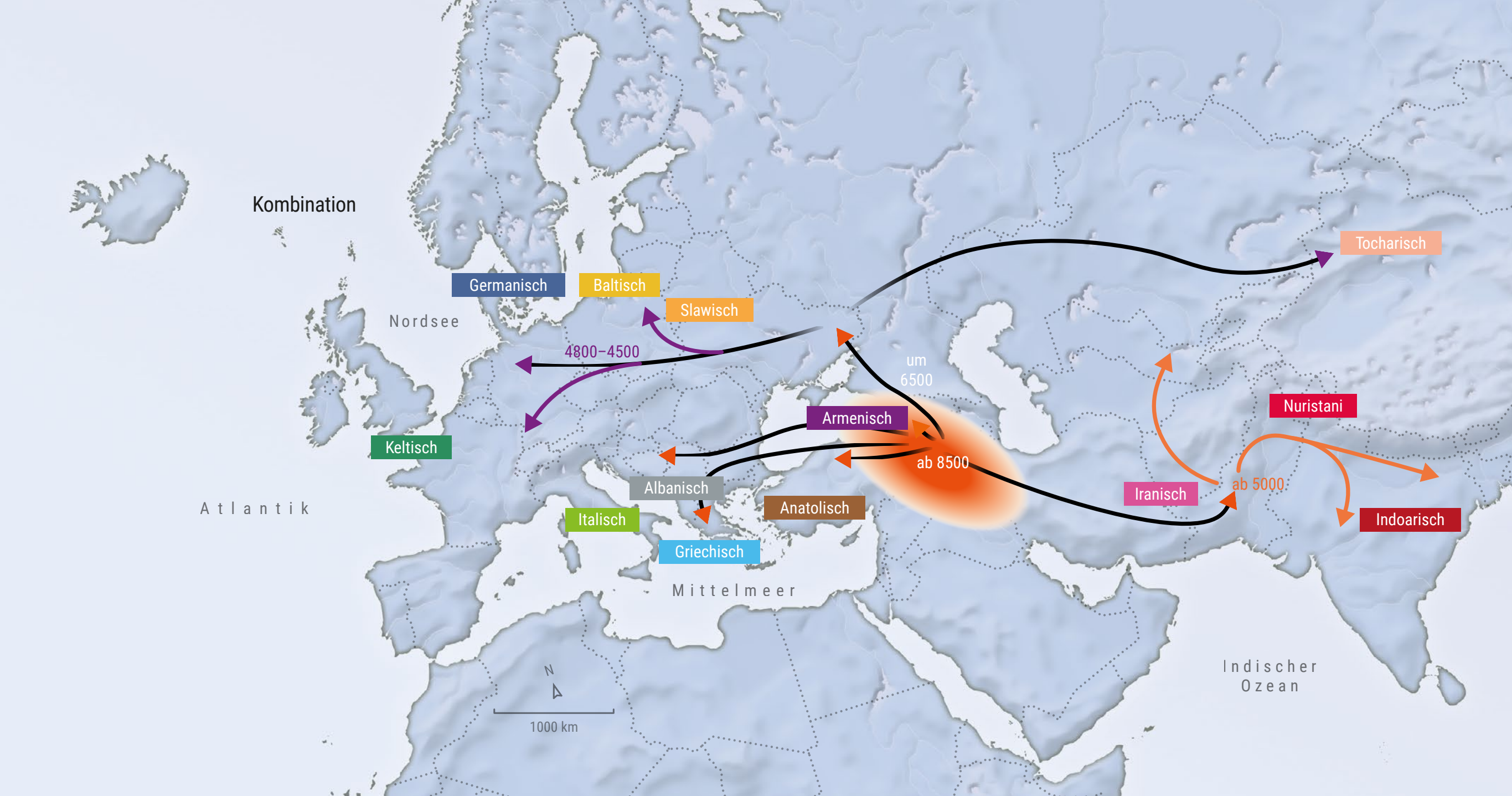


SPEKTRUM DER WISSENSCHAFT / EMDE-GRAFIK, NACH: PAUL HEGGARTY

Hypothese 2: Bauern



SPEKTRUM DER WISSENSCHAFT / EMDE-GRAFIK, NACH: PAUL HEGGARTY



SPEKTRUM DER WISSENSCHAFT / EMDE-GRAFIK, NACH: PAUL HEGGARTY

Kombination

Dass nur Migration in der Vorgeschichte die Verbreitung indoeuropäischer Sprachen erklären kann, darin sind sich Linguisten wie Altertumsforscher einig. Doch wo nahm sie ihren Anfang und wann? In den 1950er Jahren erschienen eurasische Steppenreiter als beste Kandidaten einer protoindoeuropäisch sprechenden Gruppe, in den 1980er Jahren kamen alternativ neolithische Bauern ins Spiel. Eine Kombination beider Modelle dürfte nun des Rätsels Lösung sein.

sie stammen aus einer anderen Quelle des Protoindoeuropäischen. Das Wort »kalt« hat nicht dieselbe Wurzel wie das italienische »caldo«, das heiß bedeutet, sondern wie das italienische »gelato« für Eis. In die protogermanische Sprache kehrte [k] also über eine Veränderung des [g] zurück. Phonetisch gesagt: [g] ist »stimmhaft« ausgesprochen, das heißt mit einem Ton, den die Stimmlippen erzeugen. Ohne diesen wird [g] zu einem »stimmlosen« [k]. Obendrein erkannte Ferdinand de Saussure 1879 sogar, dass Kehllaute im Protoindoeuropäischen existiert haben müssen, obwohl sie in den daraus hervorgegangenen Sprachen verschwunden sind.

Mehr als zwei Jahrhunderte entwirrten Linguisten ein Netz verschlungener Klangketten. Inzwischen kennen sie das Klangsystem vorgeschichtlicher Sprachen, die Wortstrukturen und zumindest grob, nach welchen Regeln Wortgruppen verbunden wurden. Dennoch ist der rekonstruierte Stammbaum in manchen Teilen noch ungewiss.

Erste Karten der indoeuropäischen Idiome wiesen zudem eine Lücke zwischen Griechenland und Persien auf. Dort spricht man heutzutage Türkisch und Arabisch, beide

Sprachen wanderten aber erst in den letzten beiden Jahrtausenden ein. Insbesondere zählt Mesopotamien zu diesem Raum, Heimat der Landwirtschaft, Urbanität und Schrift. Keilschrifttafeln verrieten, dass seine Sprachen zu verschiedenen Linien gehörten, darunter Sumerisch, Elamitisch und Semitisch. Letzteres umfasst die antike babylonische Sprache sowie auch Hebräisch, Aramäisch und die Vorfahren des Arabischen. Aber keine gehörte zu den indoeuropäischen. Des Rätsels Lösung brachten 3500 Jahre alte Tontafeln, die im späten 19. Jahrhundert in Zentralanatolien in Hattuscha zu Tage kamen, dem Machtzentrum des hethitischen Großreichs. Forscher identifizierten das bis dahin unbekannte Hethitisch schließlich als einen anatolischen Zweig des Indoeuropäischen. Erstaunlicherweise umfasste dessen klangliches Repertoire sogar einige Kehllaute, die man sonst in keiner Sprache dieser großen Familie findet.

Spuren der ersten Auswanderer

Nach wie vor rätselhaft sind antike Texte, die um 1900 in Oasen rund um die Wüste Taklamakan in China entdeckt wurden. Ihre Sprache, Tocharisch, war ebenfalls eine indoeuropäische Variante. Vermutlich ge-

langte sie entlang der nördlichen Seidenstraße in die Region, wo sie dem Eindringen anderer Sprachen bis um 900 n. Chr. widerstand. Hethitisch und Tocharisch sind aber den geografisch nächsten Verwandten – Griechisch und Armenisch beziehungsweise Iranisch – nicht ähnlicher als anderen Sprachzweigen der Familie. Das lässt vermuten, dass jene Menschen, die sie in die betreffenden Regionen brachten, von den frühesten Auswandern aus der indoeuropäischen Urheimat abstammten.

Doch was bedeutet »früh«? Die beiden Erklärungsmodelle geben unterschiedliche Zeithorizonte vor: die Steppenhypothese etwa vor 6000 Jahren, Renfrews Modell mindestens vor 8500 Jahren. Bei der ersten Hypothese agierten Menschen, die dank Pferd und Rad sehr mobil und vielleicht auch militärisch überlegen waren. Sie bildeten in den Einwanderungsgebieten die Eliten, deren Sprache die Bevölkerung übernahm. Im Gegenzug vermutete Renfrew eine wachsende Bevölkerung dank Ackerbau und Viehzucht, was immer wieder zur Erschließung landwirtschaftlicher Flächen motivierte. Die Sprecher des Indoeuropäischen bildeten dabei keine Elite, sondern die demografische Mehrheit.

Den Linguisten schienen 8500 Jahre zu lang, zudem war die Steppenhypothese mit ihren Analysen vereinbar. So rekonstruierten sie Worte, die in verschiedenen Zweigen des Sprachbaums »Pferd« und »Rad« bedeuteten. Es gab aber ein Problem: So eindeutig Worte phonetisch, also ihren Lauten nach zu rekonstruieren sind, existieren für die genaue Bedeutung der Begriffe doch keine solchen Regeln. So können sich Linguisten nicht sicher sein, ob der rekonstruierte protoindoeuropäische Urahn des Begriffs »Pferd« ein domestiziertes oder wildes Pferd meinte.

Was das Rad betrifft, so verwenden verschiedene indoeuropäische Zweige eines von zwei Grundwörtern. Beide haben jeweils eine Reihe von Bedeutungen einschließlich kosmologischer Konzepte, die weit älter als das technische Konstrukt »Rad« sind. Dazu gehören Rotationsbewegungen am Nachthimmel und Zeitzyklen – das altgriechische Rad hieß »kuklos«, hatte aber dazu weitere Bedeutungen, die sich im deutschen Lehnwort »Zyklus« wiederfinden. Somit sind sich Linguisten beispielsweise nicht einig darüber, ob die Sprecher des Protoindoeuropäischen das Rad tatsächlich schon als technisches Ele-

ment für Wagen kannten. Das wäre dann allerdings ein Argument für die Steppenhypothese, denn der älteste archäologische Nachweis eines Radfahrzeugs stammt von etwa 3500 v. Chr.

In jedem Fall stellt sich die Frage nach dem Wann. Naturwissenschaftliche Datierungsverfahren können von einer konstanten Veränderungsrate ausgehen. So basiert die Radiokarbonmethode darauf, dass vom Kohlenstoffisotop ^{14}C in einer Probe nach etwa 5730 Jahren nur noch die Hälfte vorhanden ist. Nach diesem Vorbild unterstellte die Glottochronologie feste Raten dafür, wie Worte einander ersetzen. Beispielsweise verdrängte der »Kopf« im Deutschen das Wort »Haupt«. Lebendige Sprachen folgen aber offenbar keinem Zerfallsgesetz. So hat Isländisch im Lauf der Geschichte deutlich weniger Wörter ersetzt, als man es bei einer konstanten Rate annehmen würde, Englisch deutlich mehr. Inzwischen verwenden nur noch sehr wenige Linguisten diese Methode.

Leistungsfähiger könnte die Phylochronologie sein. Diese passt Computeralgorithmen, die zur Rekonstruktion biologischer Evolutionsprozesse entwickelt wurden, den Belangen der Linguistik an. Damit

soll sich nicht nur die wahrscheinlichste Baumstruktur von Sprachfamilien berechnen lassen. Die Idee ist, diese anhand von archäologisch oder historisch datierten Texten auch zu kalibrieren und schließlich die gesamte Chronologie des indoeuropäischen Stammbaums zu modellieren – als Annäherung an die historische Wirklichkeit.

Widersprüchliche Ergebnisse

Die erste Anwendung auf das Indoeuropäische bestätigte Renfrews These: Der Baum begann sich vor etwa 8500 Jahren zu verzweigen und stimmte mit der Ausbreitung der Landwirtschaft überein. Trotz mancher Ungenauigkeiten schien es eindeutig, dass sich der indoiranische Hauptzweig deutlich früher als in der Steppenhypothese angenommen vom Hauptbaum trennte. Weitere Analysen mit anderen Ausgangsannahmen widersprachen dem aber und unterstützten wieder die Steppenhypothese.

2015 trat eine neue Disziplin an, Migrationsgeschichte zu erkunden – die Archäogenetik. Verschiedene Forschungsgruppen weltweit zeigten anhand von Paläo-DNA, gewonnen aus archäologisch datierten Menschenknochen: Das Erbgut

Indoeuropäische Sprachen

Mit Hilfe »phylogenetischer« Computeralgorithmen lässt sich die Evolution von Sprachfamilien bis zu ihrem Ursprung verfolgen. Allerdings fließen dabei zahlreiche Annahmen ein, deshalb ist ein solcher Stammbaum nur ein mögliches Abbild der Wirklichkeit, das mit anderen Daten abgeglichen werden muss.

mutmaßlich
etwa 8500 v. Chr.

SPEKTRUM DER WISSENSCHAFT / EMDE-GRAFIK, NACH: PAUL HEGGARTY

der aus dem östlichen Mittelmeerraum eingewanderten Neolithiker dominierte in Nord- und Mitteleuropa nur bis 2800 und 2500 v. Chr. Am Übergang zur Bronzezeit aber verweisen genetische Profile in die

Steppen nördlich des Schwarzen und Kaspischen Meers. Die Menschen der nach ihrem typischen Gefäßdekor als Schnurbandkeramik bezeichneten Kultur hatten offenbar Vorfahren unter der so genann-

ten Jamnaja-Leuten. Ähnlichkeiten zwischen beiden Kulturen waren Altertumsforschern zwar schon aufgefallen, doch Experten wie Renfrew hatten große Migrationen als Erklärung bezweifelt. Die

nun ermittelten Veränderungen des Erbguts waren aber zu ausgeprägt, als dass kleine Gruppen von Einwanderern sie hätten einbringen können. Wolfgang Haak, damals an der University of Adelaide, heute Leiter der Forschungsgruppe Molekulare Anthropologie am Max-Planck-Institut für Menschheitsgeschichte in Jena, postuliert daher eine massenhafte Immigration während der Übergangsphase vom Spätneolithikum in die frühe Bronzezeit.

2018 fanden sich zudem Hinweise auf eine weitere Migrationswelle, die um 2450 v. Chr. über Großbritannien rollte und 90 Prozent der Bevölkerung austauschte. Die Glockenbecherkultur, die um diese Zeit in Britannien und Irland erschien, wäre demnach nicht das Ergebnis einer Entwicklung vor Ort, sondern einer Verdrängung gewesen. Damit bot die Paläogenetik eine neue Antwort auf die linguistische Frage, wie der keltische Zweig des Indoeuropäischen auf die Inseln gelangte. Sie verlegt diesen Zeitpunkt in eine Vergangenheit, die weit vor dem herkömmlich angenommenen Ursprung der Kelten in der Hallstattkultur ab 800 v. Chr. liegt. Dementsprechend spekulativ erscheint dieses Szenario, die Diskussion ist gerade erst entbrannt.

Ohnehin sehen einige Archäologen die Deutung paläogenetischer Daten als Belege kulturverändernder Migrationen kritisch. Auch viele Paläogenetiker vermeiden weit reichende Aussagen, bezeichnen die Steppe als eine Quelle indoeuropäischer Sprachen, nicht zwingend als die einzige und verallgemeinern dabei auch nicht auf alle Mitglieder der Familie. Diese Vorsicht ist angebracht, zeigen doch heutige Bevölkerungen des Mittelmeerraums großenteils das DNA-Profil der jungsteinzeitlichen Bauern. Die Bewohner des mykenischen Griechenland etwa sprachen griechisch, hatten aber überwiegend neolithische Vorfahren. Der Steppenbeitrag in ihrem Erbgut lag unter zehn Prozent – der griechische Zweig der Sprachfamilie lässt sich also nicht durch massenhafte Einwanderung erklären. Dass es genetische Spuren der Steppenvölker im Mittelmeerraum gibt, muss nicht verwundern. Beispielsweise kamen Angehörige germanischer Stämme in der Antike als Sklaven oder angeworbene Soldaten ins Römische Reich, in der Spätantike als Invasoren.

Unklar ist auch, warum Finnen, Esten und Saami in ihren Genen Jamnaja-Erbgut tragen, obwohl sie zur uralischen Sprachfa-

milie gehören, während Paläogenetiker andererseits in den Knochen mutmaßlicher Sprecher des Anatolischen keine Abstammung aus der Steppe finden.

Mit anderen Worten: Paläo-DNA liefert einerseits Argumente für Teile der Steppenhypothese, andererseits aber auch ihr widersprechende Daten. Die Erklärung könnte einmal mehr lauten: Migration. Denn auch die bisher vorliegenden Erbgutanalysen aus der Jamnaja-Kultur zeigen Einflüsse von Zuwanderern. Die kamen vor etwa 6000 bis 7000 Jahren in die Steppe und vermischten sich mit den Einheimischen. Beide Populationen prägten den sich bildenden Genpool zu etwa gleichen Teilen.

Diese Erkenntnis beruhigt solche Linguisten, denen die Jamnaja-Migration nach Nordeuropa vor etwa 4800 bis 4500 Jahren wieder zu spät scheint, um die Vielzahl von Verästelungen des Sprachbaums zu erklären. Waren es aber Nachkommen zweier Gruppen, die mit einigen indoeuropäischen und möglicherweise auch uralischen Sprachen im Gepäck aufbrachen, ergibt sich ein stimmiges Bild.

Woher stammten aber diese Einwanderer, die erst um 6500 v. Chr. die Hälfte des Jamnaja-Erbguts in die Steppe brachten?

Neuen Erkenntnissen nach reicht ihre genetische Linie sogar zurück bis zu den frühen Bauern im nördlichen Teil des Fruchtbaren Halbmonds, insbesondere in den Ausläufern des Zagros-Gebirges im Nordwesten Irans. Einige Forscher vermuten dort sogar den Ursprung des Protoindoeuropäischen, auf jeden Fall wohl südlich des Kaukasus, am Nordrand des Fruchtbaren Halbmonds.

Woher kamen Indiens indoeuropäische Sprachen?

Aus dieser Urheimat migrierten frühe Bauern nicht nur nordwärts in die ferne Steppe. Andere zogen westwärts nach Zentralanatolien – ihr Erbgut bildet etwa ein Drittel mutmaßlicher »Hethiter«-DNA – sowie in das heutige Armenien und Griechenland. Wieder andere brachen Richtung Osten auf, was vermutlich die alte Frage beantwortet: Wie kam eine mit dem Latein verwandte Sprache nach Indien? Demnach zogen einige neolithische Gruppen an den Indus, bis ihre Nachkommen schließlich den Ganges erreichten, wo sich der indische Zweig des Indoeuropäischen entwickelte.

Das lässt sich leider bislang nicht durch Paläo-DNA belegen, da Erbgut im feucht-

heißen Klima des Subkontinents rasch zerfällt. Umgekehrt können die Genetiker aber zeigen, dass es wohl auch eine südwärts gerichtete Migration aus der Steppe nach Indien gab, aber erst deutlich später. Skelettreste aus der so genannten Oasenkultur, die von 2300 bis 1700 v. Chr. in einem Gebiet gedieh, das heute Teile Turkmenistans, Usbekistans, Tadschikistans und Afghanistans umfasst, zeigen keinerlei Signaturen einer Jamnaja-Einwanderung. Erst Jahrhunderte danach und damit zu spät für die Entwicklung des indoiranischen Hauptzweigs scheinen Menschen der pontisch-kaspischen Steppe gen Süden gekommen zu sein.

Somit scheint es nun klarer, warum der jahrzehntelange Streit zwischen den Vertretern der Bauern- und der Steppenhypothese ungelöst bleiben musste: Keine spiegelt für sich allein die vorgeschichtlichen Prozesse wider. Die neuen Methoden Paläogenetik und phylogenetische Sprachanalyse lassen sich mal mit der einen, mal mit der anderen verbinden – und verweisen auf eine dritte, in der die beiden konkurrierenden Hypothesen zwei Phasen darstellen: Es begann mit einer Migration von Bauern aus dem Nordosten des Frucht-

baren Halbmonds unter anderem in die pontisch-kaspischen Steppen, von wo etwa 2000 Jahre später Steppenreiter gen Westen aufbrachen. Dieser dritte Weg wird nun von einigen Vertretern der verschiedenen Thesen und Fachdisziplinen diskutiert. Mehr als 200 Jahre nach Jones' wegweisender Rede scheint das Rätsel der indoeuropäischen Sprachen einer Lösung näher als je zuvor. ↩

(Spektrum der Wissenschaft, Spezial Archäologie – Geschichte – Kultur 4/2018)

STEINARTEFAKTE

Eine gemeinsame Wurzel **der Megalithkultur?**

von Jan Osterkamp

In der Jungsteinzeit errichteten Menschen überall in Europa viele Jahrhunderte lang imposante Steinkreise und Grabmonumente. Kann man heute noch herausfinden, wo die Megalithmode einst ihren Anfang nahm?

Man zählt heute rund 35 000 über ganz Europa verstreute typische Megalith-Bauwerke, also Dolmengräber, Steinkreise oder »Hinkelstein«-Menhire, die meist irgendwann zwischen dem 5. und 3. Jahrtausend vor der Zeitenwende errichtet wurden. Die früher gängige Bezeichnung »Megalithkultur« als Klammer für dieses Phänomen haben Archäologen aber mittlerweile im Wesentlichen zu den Akten gelegt: Von einer zusammenhängenden Kultur mit gemeinsamer Idee oder ideologischer Wurzel könne man angesichts der weit verstreuten, unterschiedlich alten und enorm vielfältigen Steinartefakte kaum sprechen. Wahrscheinlich haben die Europäer der Jungsteinzeit solche am Ende verblüffend ähnlichen Megalithstrukturen immer wieder unabhängig voneinander neu erfunden. Oder vielleicht doch nicht, meint die Jungsteinzeitexpertin Bettina Schulz Paulsson

HAVÄNG-MEGALITHGRAB

Das Megalithgrab von Haväng in Schweden.



von der Universität Göteborg im Fachmagazin »PNAS«: Neue Analysen ergaben auffällige Hinweise auf eine allmähliche Ausbreitung der Megalith-Idee aus einem Ursprungszentrum heraus, die wohl vor 4500 v. Chr. im Nordwesten Europas ihren Anfang nahm.

Paulsson hatte sich mit ihrem Team zum Ziel gesetzt, eine umfassende und genauere Zeitreihe möglichst vieler europäischer Megalith-Fundstellen mit Radiokarbonanalysen aufzustellen. Einen ersten ähnlichen Versuch hatte schon in den 1970er Jahren Colin Renfrew unternommen, der Pionier der Kohlenstoffdatierung. Mit deutlich verbesserter Analysetechnik konnte Paulssons Team nun aber viel mehr Fundstücke wesentlich exakter und sicherer datieren: Sie bestimmte so das Alter von 2410 Fundstellen anhand von zum Teil bereits früher untersuchten Proben im Kontext der Megalithbauten und von gleich alten Artefakten benachbarter Kulturen. Am Ende schälte sich dabei ein recht klares Bild heraus, so Paulsson: Offenbar entstanden die frühesten Megalithstrukturen im Nordwesten des heutigen Frankreich im frühen 5. Jahrtausend v. Chr. in nur rund 200 bis 300 Jahren. Als Vorläufer, die bloß hier zu

finden sind, bieten sich auffällige prämegolithische Erdwerke an – somit womöglich die eigentlichen Urahnen der vielfältigen späteren Megalitharchitektur.

Vom Nordwesten des Kontinents aus verbreitete sich die Megalith-Idee dann allem Anschein nach in einer ersten Welle an den Küsten entlang, interpretiert Paulsson ihre Daten: Man findet im späten 5. und frühen 4. Jahrtausend vor der Zeitenwende Megalithbauten an der Atlantikküste und in küstennahen Regionen der Iberischen Halbinsel und des Mittelmeerraums. Erst noch etwas später boomten Megalith-Bauwerke dann auf den Britischen Inseln und Sardinien, um schließlich im 2. Jahrtausend Mitteleuropa und den skandinavischen Raum zu erreichen. Noch etwas später gab es einen letzten Boom der Megalith-Artefakte in Süditalien, auf kleineren Mittelmeerinseln und in Richtung Levante, bis die großen Megalithbauten dann um den Beginn des ersten vorchristlichen Jahrtausends endgültig in ganz Europa aus der Mode gekommen waren.

Eindeutig sei hier ein Muster von drei Ausbreitungswellen mit Ursprung in Nordwestfrankreich zu erkennen, meint Paulsson – und zwar über mögliche Seerouten.

Dies könnte nahelegen, dass die maritime Expertise in der Jungsteinzeit deutlich ausgeprägter war, als man bisher vermutet hat. Vielleicht haben Megalith-Pioniere so Knowhow und religiöse oder gesellschaftliche Vorstellungen in die Ferne getragen. Ganz ähnliche Ideen zur Erklärung archäologischer Gemeinsamkeiten hatten bereits Archäologen im 19. und frühen 20. Jahrhundert vertreten. Dabei hatten sie allerdings angenommen, dass die Megalithkultur vom Nahen Osten aus nach Europa vorgedrungen ist. Einer der differenzierteren Vertreter eines solchen Kultur-Diffusionismus war der berühmte Archäologe Gordon Childe, der seine Beiträge bereits in den 1950er Jahren, vor dem Aufkommen der Karbondatierung, formulierte. Paulsson sieht die älteren Spekulationen mit ihren Daten nun teilweise bestätigt – auch wenn der Megalithismus eher aus Nordwesteuropa in den Mittelmeerraum gelangt sei statt umgekehrt. In jedem Fall sei es angebracht, den europäischen Megalith-Horizont angesichts der neuen Daten und der möglichen maritimen Interaktionen wissenschaftlich noch einmal neu zu diskutieren. ↩

(Spektrum – Die Woche, 07/2019)

Immer wieder sind es Herausforderungen der Gegenwart, die zu Fragen an die Geschichte Anlass geben: Gab es solche Geschehnisse schon früher? Welche Konsequenzen hatten sie, und können wir daraus etwas für das Heute lernen? Historiker freuen sich zwar über solches Interesse an ihrem Fach, das stets auch ihre Leidenschaft ist. Wenn aber politische Motive dabei Pate stehen, sollten sie der Versuchung widerstehen, wie die aktuelle Migrationsdiskussion zeigt.

Als sich die europäischen Staaten 2015 mit immer mehr Flüchtlingen konfrontiert sahen, entbrannte eine Debatte, bei der immer wieder ein historisches Konstrukt genannt wurde: die Völkerwanderung der Spätantike. Der niederländische Politiker Geert Wilders formulierte es 2011 so: Zuwanderung zerstört Europa, ganz so wie durch die massenhafte Immigration von

Germanen einst das Imperium Romanum dem Untergang geweiht war.

Als die Diskussion die Mitte der deutschen Gesellschaft erreichte, zogen selbst Geschichtswissenschaftler solche Analogien. Bot nicht die Antike den Vorteil, dass man das Ende der Entwicklung bereits kannte? Doch es fügt sich nicht einmal alles, was man über diese Zeit sicher weiß, in das düstere Bild. Zudem sind Ursachen und Abläufe der Neuordnung Europas im 4. bis 6. Jahrhundert nach wie vor nicht ausreichend erforscht. Dass sich ein direkter Vergleich ohnehin verbietet, zeigt schon der Zeitraum, um den es geht: fast 200 Jahre, vom Hunnensturm 375 bis zur langobardischen Eroberung großer Teile Italiens 568! Wer würde es beispielsweise wagen, die Geschichte von der Französischen Revolution 1789 bis zum Mauerfall 1989 über einen Leisten zu ziehen?

Dass dergleichen trotzdem geschieht, beruht auf einer schlechten Angewohnheit: Wir denken die Dinge vom Ende her, definieren dazu Ausgangspunkte und spannen dazwischen den Bogen. Wer zum Beispiel im Kontext »Völkerwanderung« vom Ende des Römischen Reichs spricht, unterschlägt die Hälfte der Geschichte.

AUF EINEN BLICK

Ansturm der Germanen?

- 1 Zehntausende Germanen überrannten die Grenzen des Imperium Romanum und zerstörten dessen blühende Zivilisation – so lautet das Klischee der Völkerwanderungszeit.
- 2 Tatsächlich war die Epoche von Veränderungen wie Kontinuitäten gleichermaßen geprägt. Das Untergangsszenario könnte allenfalls für Westrom gelten – und auch hier hält es einer kritischen Analyse nicht stand.
- 3 Heutige Mahnungen vor einer Wiederholung der Situation durch den Flüchtlingszustrom greifen zu kurz und ignorieren die Komplexität der historischen Prozesse.

Der Althistoriker und Mediävist **Stefan Esders** lehrt Geschichte der Spätantike und des Frühmittelalters am Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören Kontinuität, Wandel und Akkulturation im Übergang von der Antike zum Mittelalter.

Denn der östliche Teil des seit 395 von zwei Kaisern regierten Imperiums existierte bis 1453. Auch dank seiner im Heer integrierten Migranten bildete das byzantinische Reich einen Machtblock, der allen Angriffen von Arabern, Bulgaren, Seldschuken und sogar westlichen Kreuzfahrern widerstand.

Doch haben Asylgegner wie Wilders nicht zumindest für die weströmische Hälfte Recht, was den Analogieschluss Völkerwanderung angeht? Seine Kurzfassung der Geschehnisse lautet: Als der Rhein am 31. Dezember 406 zufror, nutzten tausende Germanen die Gelegenheit und überrannten die römischen Provinzen bis nach Spanien; vier Jahre später sogar Rom selbst. 429 war es um Nordafrika geschehen, 476 wurde in Ravenna der letzte weströmische Kaiser abgesetzt, 568 marschierten die Langobarden in Italien ein – das »finstere Mittelalter« brach an.

Dieser stringente Handlungsablauf suggeriert ein gemeinsames, fast planvolles Vorgehen germanischer Stämme. Das aber ist eine Vereinfachung mit unseliger Tradition. Nationalistisch gesinnte Historiker des 19. und 20. Jahrhunderts hatten diese Vorgänge so zusammengezogen, als han-

Die Eroberung Roms durch die Goten

Die Plünderung ihrer Metropole durch die Goten traumatisierte die Römer und inspirierte Maler des 19. Jahrhunderts zu dramatischen Bildern. Diese verraten allerdings mehr über zeitgenössische Migrationsmythen, in denen die Germanen mal als brutale Barbaren, mal als tapfere Recken galten.

AKG IMAGES / FINE ART IMAGES / HERITAGE IMAGES (JOSEPH-NOËL SYLVESTRE: DIE PLÜNDERUNG ROMS DURCH DIE VANDALEN, 1890; MUSÉE PAUL VALÉRY)



delte es sich um einen logischen, auf ein Ziel hin ausgerichteten Prozess. Die hinlänglich bekannten Völkerwanderungskarten älterer Geschichtsbücher illustrieren die Grundidee, dass alle Völker Germanen und damit Vorfahren der Deutschen waren. Das Ende des Römischen Reichs galt als Anfang der deutschen Nation, deren Eroberungszüge in zwei Weltkriegen somit als Rückkehr in alte Stammesgebiete verbrämt werden konnten.

Heutzutage wissen Historiker: Germane zu sein, bedeutete zu jener Zeit nicht mehr, als der germanischen Sprachfamilie anzugehören und sich mit Angehörigen anderer Gruppen irgendwie verständigen zu können. Aber weder existierte jenseits der Grenzen des Imperiums eine ethnische Identität noch eine verbindende Kultur oder gemeinsame Rechts- und Religionsvorstellungen, die über Jahrhunderte in ihrem Kern Bestand gehabt hätten. Inzwischen betonen Forscher eher die Unterschiede zwischen den germanischen Gruppen und ihre fortwährenden Konflikte miteinander. Als beispielsweise die Römer 451 auf den Katalaunischen Feldern in Gallien die Hunnen besiegten, kämpften Westgoten auf ihrer Seite, Ostgoten auf der

Die Goten – das erste »Wandervolk«

Das Ende der Kaiserherrschaft in Rom läuteten Reiter aus den asiatischen Steppen ein: Die Hunnen stießen seit 375 n. Chr. immer weiter nach Westen vor, und etliche Stämme flüchteten vor den gefürchteten Kriegern oder schlossen sich ihnen an. Vor allem deren Fertigkeiten, vom Pferd aus zu kämpfen, lösten Ängste aus.

Wer sie genau waren, ist nicht bekannt. Römische Geschichtsschreiber überlieferten den Namen, doch bildeten die Hunnen wohl zu keiner Zeit eine ethnisch homogene Gruppe. Vielmehr handelte es sich um einen Zusammenschluss von Stämmen, einen Zweckverband für große Raubzüge. Warum sie gen Westen aufbrachen, ist ebenfalls unbekannt. Lockten die Reichtümer des römischen Imperiums, oder zwang Hunger sie dazu, ihre traditionellen Gebiete zu verlassen?

Als Erste wichen die Goten aus ihren Siedlungsgebieten nördlich der unteren Donau zurück; sie suchten 376 n. Chr. ausgerechnet bei den Römern Schutz. Die bewerteten das Ansinnen skeptisch, waren gotische Krieger doch immer wieder in das Imperium eingedrungen, hatten Städte und Landgüter überfallen oder Tributzahlungen erpresst.

Spannungen und Argwohn beherrschten daher die Verhandlungen. Zudem war die Situation für das Imperium neu. Zwar hatte Rom immer wieder »Barbaren« aufgenommen. Zum Beispiel unterhielten die ersten Kaiser eine aus Germanen rekrutierte Leibwache. Doch nun sprengte die in die Zehntausende gehende Zahl potenzieller Einwanderer gewohnte Dimensionen.

Schließlich aber ließ man die Goten über den Grenzfluss in die Provinz Thrakien. Doch statt sie kostenlos mit Lebensmitteln zu versorgen, wie es vereinbart war, verlangten römische Beamte überhöhte Preise. Auf Hunger folgten Aufstände, bei denen viele Römer ihr Leben verloren, darunter der oströmische Kaiser Valens.

Um den Frieden wiederherzustellen, erhielten die Goten Siedlungsgebiete und wurden auf Grund ihrer Heereszugehörigkeit dem römischen Militärrecht unterstellt. Außerdem gewährte

hunnischen. Von einer Weltverschwörung germanisch sprechender Migranten gegen das weströmische Reich kann also keine Rede sein.

Es mehren sich sogar Zweifel an der Schärfe des Untergangsszenarios. Als zum Beispiel der Ostgote Theoderich 493 seine Königsherrschaft in Ravenna errichtete, musste ein Zeitgenosse schon sehr genau hinschauen, um Unterschiede zu den römischen Kaisern auszumachen. Wie man sich als solcher inszenierte, hatte Theoderich am Kaiserhof in Konstantinopel erlebt, wo er seine Jugend als Geisel – das heißt als diplomatisches Unterpfand – verbracht hatte.

Diese häufig von Kooperation geprägte Nähe zwischen Germanen und Römern wird von jenen, die vor einer gegenwärtigen Völkerwanderung warnen, im Allgemeinen übersehen. Als Roms Provinzen ab dem 5. Jahrhundert sukzessive unter die Herrschaft germanischer Könige gerieten, waren diese keine Fremden, sondern erfolgreiche Offiziere der römischen Armee. In einer Zeit, da manch ein Kaiser vom Heer ausgerufen wurde und keiner ohne dessen Unterstützung regieren konnte, bedeutete diese Doppelfunktion einen Zugang zur

man ihnen Steuerprivilegien und ließ Fürsten die Macht über ihre Untertanen. Im Gegenzug mussten sie das Christentum annehmen und dienten in der römischen Armee, was Anführern wichtige militärische Ämter bescherte – ihre Macht wuchs.

Doch als der oströmische Kaiser Theodosius II. im September 394 den damals verwaisten Thron in Rom mit Hilfe gotischer Truppen eroberte, wendete sich das Schicksal erneut. Denn der Herrscher starb unerwartet, und die Goten, die einen hohen Blutzoll entrichtet hatten, wurden ohne sonderliche Belohnung entlassen. Unter ihrem Anführer Alarich fielen sie über die Provinzen Thessalien und Makedonien her, zogen schließlich sogar gegen Rom, das sie 410 plünderten.

Acht Jahre später gründeten sie nach vertraglicher Übereinkunft mit dem Imperium im südlichen Gallien das westgotische Königreich. Indem sie Machtkämpfe innerhalb des Imperiums nutzten, konnten sie ihr Herrschaftsgebiet bis auf die Iberische Halbinsel erweitern. Nach verlustreichen Auseinandersetzungen mit Franken und Ostgoten ging das westgotische Königtum schließlich unter dem Ansturm arabischer Streitkräfte im 8. Jahrhundert unter.

Macht. Ihr Königtum stützten »barbarische« Herrscher daher auf eine aus Angehörigen ihres Stamms und aus Römern gleichermaßen bestehende Militärelite. Insbesondere für diese Rolle im Militärwesen gibt es keine Analogie zu Migrationsprozessen der Gegenwart.

Selbst wenn es ihr Ziel gewesen wäre, die einstigen Provinzen radikal zu »germanisieren« – ein paar Hunderttausend Germanen standen 30 bis 60 Millionen Römern gegenüber. So sicherten sie der alteingesessenen

Bevölkerungsmehrheit beispielsweise zu, dass ihre gewohnte Rechtsprechung nach römischem Gesetz weiterhin für sie gelten sollte. Ohnehin hatten die Neuankömmlinge der Funktionselite des Imperiums angehört, waren also »integriert« beziehungsweise in beiden Welten zu Hause. Die historische Wirklichkeit verlief dementsprechend: Man griff auf römische Strukturen und Verfahrensweisen zurück. Die neuen Könige erhoben Steuern, fertigten Urkunden aus und ließen das Recht aufzeichnen.

Das Christentum als Leitkultur

Zudem versammelten sie die Bischöfe ihres Reichs, errichteten Kirchen und Klöster. Denn seit 376 Westgoten auf Reichsgebiet angesiedelt worden waren, hatten Germanen das Christentum übernommen, die religiöse Leitkultur des Imperiums. Das haben schon viele Chronisten ihrer Zeit verschwiegen, während andere dies als Scheinchristianisierung diffamierten. Denn die germanischen Stämme gehörten dem arianischen Glaubensbekenntnis an, das im 4. Jahrhundert im Nordosten des Reichs verbreitet war und das sich vor allem in einem Punkt von dem der römischen Bevölkerung in den neuen Königreichen unterschied: Gottsohn und der Heilige Geist galten nicht als gleichwertig zu Gottvater.

Dennoch war die Übernahme des christlichen Glaubens folgenreich. Noch im 4. Jahrhundert übersetzte der gotische Bischof Wulfila die Bibel aus dem Griechischen in die Sprache seines Volks. Das konnte zuvor noch keine Schrift, also erfand Wulfila ein gotisches Alphabet, das auf der Krim noch über Jahrhunderte verwendet wurde. Zu einer Zeit, da Rom die Macht fehlte, im ganzen Imperium Latein als Verkehrssprache durchzusetzen, ersannen die

Migranten ihren eigenen Weg, sich in eine Kultur zu integrieren, deren Eliten von Schriftlichkeit geprägt waren. Auf diese Weise entstand später beispielsweise auch die deutsche Schriftsprache. Ohne die fruchtbare Berührung mit der antiken Kultur wäre es niemals dazu gekommen.

Wer also die Völkerwanderungszeit als warnendes Beispiel in der aktuellen Flüchtlingsdebatte anführt, ignoriert die Komplexität der Prozesse, das Ineinandergreifen von Veränderungen und Kontinuitäten. Aufgabe des Historikers ist es, auf solche Fehler hinzuweisen und den Gebrauch der Geschichte in gesellschaftlichen Debatten kritisch zu begleiten. Werden jahrhundertelange Prozesse kurzerhand auf eine vermeintliche historische Tatsache reduziert, alle Unterschiede zu Gunsten des angeblich Vergleichbaren ausgeblendet, verlieren wir auch die Möglichkeit, unsere Gegenwart zu reflektieren. Geschichte sollte für eine Gesellschaft immer mehr sein als das, was gerade in das jeweilige Weltbild passt. ↩

(Spektrum der Wissenschaft, Spezial Archäologie – Geschichte – Kultur 4/2018)

SPEKTRUM KOMPAKT APP



Lesen Sie Spektrum KOMPAKT optimiert für Smartphone und Tablet in unserer neuen App! Die ausgewählten Ausgaben erwerben Sie direkt im App Store oder Play Store.



KARL DER GROSSE

EUROPAS

KAROLINGISCHES ERBE

von Max Kerner

Im Mittelalter galt Karl der Große als vorbildhafte Herrscherpersönlichkeit. Heute scheint er nur noch eine nostalgische Erinnerung zu sein. Doch auch für das moderne Europa taugt er noch als Leitfigur.



Seine Zeitgenossen bezeichneten den Frankenkönig Karl, den der Papst am Weihnachtstag des Jahres 800 zum Kaiser krönte, als einen »großen und rechtgläubigen Herrscher« sowie als »Vater und Leuchtturm Europas«. Anders als wir heute verstanden sie unter Europa aber noch kein Staatengebilde, denn die Nationen und ihre Grenzen sollten sich erst im Lauf des Mittelalters ausbilden. Europa war für diesen Herrscher daher vor allem der Entwurf einer gemeinsamen Kultur – geschaffen von Intellektuellen, die das geistige Leben von der Sprache über die Schrift bis hin zur kalendarischen Zeitrechnung reformierten und antikes Wissen aus Mathematik, Astronomie und Logik zusammentrugen. In der Rückschau der Historiker wird daraus eine »karolingische Renaissance«, welche die berühmte italienische Rückbesinnung auf die Antike sozusagen vorwegnahm.

In der ersten Hälfte seiner Herrschaftszeit beschäftigte Karl den Großen allerdings vor allem der Ausbau seines Machtbereichs.

Ausgehend von den Gebieten der fränkischen Merowinger und ihrer Nachfolger, der frühen Karolinger, schuf er ein Großreich, das der römisch-germanischen Welt der Spätantike und des frühen Mittelalters eine zukunftsweisende politische und kulturelle Struktur gab und, wenn man so will, eine erste Einigung Europas darstellte.

Dazu setzte er auf aggressive Expansion und zog gegen etliche Gegner zu Felde: gegen die Langobarden in Italien, die Sachsen zwischen Weser und Elbe, die Bayern südlich der Donau, die christlichen Basken und muslimischen Sarazenen im Pyrenäenraum sowie schließlich gegen verschiedene Grenzvölker von den Dänen im Norden bis zu den Awaren im Südosten. Aus Sicht des Historikers zeitigten diese Kriege, so blutig sie auch mitunter waren, fruchtbare Wirkungen: In Italien etwa beschränkte Karl den Einfluss Ostrogoths – Byzanz sollte nie wieder genug Macht besitzen, um das einstige Kernland des verlorenen Imperiums zurückzugewinnen. Dadurch konnte sich ein römisch-germanisch geprägtes Zusammenleben in Oberitalien entwickeln, während in Mittelitalien der Kirchenstaat zur festen Größe wurde. Aus der fränkischen Grenzmark in Nordspanien sollten sich später die König-

AUF EINEN BLICK

Erneuerung und Integration

- 1 Karl der Große ist heute vielen eine zwiespältige Figur, da er sein Reich mit brachialer Gewalt schuf. Doch in der Phase der Konsolidierung setzte er auf eine kluge Integrationspolitik.
- 2 Statt eine zentralistische Regierung nach dem Vorbild des antiken Roms anzustreben, ließ der Frankenherrscher den verschiedenen Stämmen viel Eigenständigkeit.
- 3 Zusammenhalt schuf die Förderung einer Gelehrtenkultur – als karolingische Renaissance in die Geschichte eingegangen – sowie die Verbreitung und Stützung des christlichen Glaubens.

Der Mediävist **Max Kerner** ist Emeritus am Historischen Institut der RWTH Aachen und hat sich eingehend mit Karl dem Großen und dessen Zeitalter befasst.

Vielvölkerstaat

Um das Krönungsjahr 800 war die Welt des einstigen römischen Imperiums und seiner Nachbarn vor allem in drei Einflussphären aufgeteilt: das Byzantinische Reich, die islamischen Kalifate sowie das Reich Karls des Großen, das sein fränkisches Königreich sowie Gebiete in Italien umfasste.



reiche Katalonien und Aragon entwickeln, die im Hochmittelalter maßgeblich die »Reconquista« vorantrieben, die Rückeroberung Spaniens von den Muslimen.

Die Sachsenkriege sowie sein gewaltsames Vorgehen gegen Tassilo III., den letz-

ten der bayerischen Herzöge aus der Familie der Agilolfinger, verliehen dem im ehemaligen Gallien verankerten und damit stark romanisch geprägten Frankenreich ein deutliches germanisches Gewicht. Sachsen – das Gebiet des heutigen

Westfalen und Niedersachsen – wurde christianisiert sowie durch Münzstätten und Marktorde, Schulen und Bibliotheken, durch eine lateinische Schriftkultur und Grafschaftsverfassung karolingisch geformt.

Um 800 erstreckte sich Karls Herrschaftsgebiet von der Nordsee bis nach Mittelitalien, von den Pyrenäen bis an die Elbe – eine Fläche von gut einer Million Quadratkilometer. Damit stand der Frankenherrscher nach der Reichsgröße bemessen gleichrangig neben dem Kaiser in Byzanz und dem Kalifen in Bagdad. So war es nur konsequent, dass Karl am Weihnachtstag des Jahres 800 zum römischen Kaiser gekrönt wurde und eine vergleichbare weltgeschichtliche Bedeutung erhielt.

Es handelte sich bei diesem Frankenreich mit seinen Bistümern, Abteien, Königshöfen und Pfalzen aber keineswegs um ein homogenes Gebilde oder gar einen Einheitsstaat mit einer zentral ausgerichteten Verwaltung wie im Römischen Reich. Eher träfe der moderne Begriff Vielvölkerstaat zu: Die verschiedenen Volksgruppen behielten ihre Stammesgebiete, ihre Rechts- und Gesellschaftsgefüge. Die jeweilige Muttersprache hat Karl der Große sogar nachdrücklich unterstützt. Für die fränkisch-germanischen Sprachen hat er angeregt, eine Grammatik zu erstellen, sowie den Moneten wie den Winden fränkische Namen geben lassen. Solchen Eigenständigkeiten standen kirchliche und weltliche

Verordnungen gegenüber, die über den Stammesrechten rangierten. Hinzu kamen Treueide, die Untergebene auf Herrscher und Reich verpflichteten. Außerdem installierte Karl ein System von geistlichen und weltlichen Königsboten, die er in die Amts- und Gerichtsbezirke schickte, um dort die Arbeit der Grafen und damit der vor Ort Verantwortlichen zu kontrollieren. »In Vielfalt geeint« – das Motto der heutigen Europäischen Union passte durchaus auf dieses frühmittelalterliche Reich.

Vermutlich war dem Kaiser bewusst, dass dieser durch ihn verordnete Überbau noch nicht ausreichte. Daher stellte er der Vielfalt weitere einheitsstiftende Maßnahmen an die Seite. So wurde mit der karolingischen Minuskel eine Schrift entwickelt, die um 800 als Teil insbesondere einer Schul- und Bildungsreform allgemeine Verbreitung fand. Sie wirkt noch heute nach: Über verschiedene Zwischenstufen entstanden daraus die Kleinbuchstaben unserer heutigen lateinischen Schrift.

Auf Einheit zielte auch die Pflege der aus der Spätantike überkommenen lateinischen Sprache. Diese war das Kommunikationsmittel der kirchlichen und der gelehrten Welt. Man sprach sie am Kaiserhof

und verwendete Latein in den Skriptorien der großen Klöster (in Tours, Lyon, Verona, Fulda und an anderen Orten), sei es bei Abschriften der Bibel oder der Rezeption antiker Werke christlicher wie heidnischer Autoren.

Frühmittelalterliche Einheitswährung

Auf Initiative des Kaisers wurde zudem eine Münze geprägt, die im gesamten Frankenreich galt: der karolingische Denar. Verglichen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft von 1957 und ihren Grenzen war dies sozusagen die erste und vor dem Euro auch letzte »Einheitswährung« in Europa. Einige der wenigen erhaltenen Stücke zeigen auf der Vorderseite Karl im Stil eines römischen Imperators mit Lorbeerkranz und der dazu passenden Umschrift »KAROLUS IMPERATOR AUGUSTUS«. Die Rückseite ziert eine stilisierte, an antike Vorbilder angelehnte Tempelarchitektur, deren Legende »religio christiana« lautet, wobei die ersten Buchstaben des Wortes »christiana« griechisch, die letzten lateinisch sind. Folgt man dem Frankfurter Mittelalterforscher Johannes Fried, dann dürfte Karl der Große sich hier »als wahrer Schutzherr der

Christenheit« und insbesondere als Verteidiger des Heiligen Grabes in Jerusalem verstanden haben.

Der gemeinsame Glaube war die stärkste Einheitskraft im karolingischen Großreich. Ihn zu schützen und zu fördern war zentraler Bestandteil des politischen Programms Karls, der laut Einhard »die christliche Religion, mit der er seit seiner Kindheit vertraut war, gewissenhaft und fromm in höchsten Ehren hielt«. Dies veranlasste Karl auch dazu, die Christianisierung der Sachsen und deren Eingliederung ins Frankenreich mit Schwert und Gewalt zu betreiben, was bereits in seiner Zeit nicht ohne Kritik blieb. Neben der äußeren Missionierung prägte Karl das kirchliche Leben seiner Zeit durch die Ernennung von Bischöfen und durch Bestimmungen für Verfassung und Verwaltung der fränkischen Kirche. Er kümmerte sich um die Geistlichen, indem er deren theologische und sprachliche Kenntnisse verbessern half, die ihrerseits dafür sorgen sollten, dass die Laien das »Vater unser« und das »Credo« als religiöses Grundwissen beherrschten.

Seine Einflussnahme ging so weit, dass Beschlüsse der Synoden seiner Zustim-

mung bedurften. Auch bei dogmatischen Streitigkeiten innerhalb der Kirche sollte sich selbst der Papst mitunter seinem Willen beugen. So sorgten zu seiner Zeit unter anderem zwei Fragen für Zündstoff: Durften religiöse Bilder verehrt werden? Und: War Jesus Christus als Gottes Sohn ein Gott, ein Mensch oder ein Adoptivsohn Gottes? Diese und andere theologische Fragen hat Karl der Große in seiner Zeit weitgehend klären können. Die von ihm erbaute Aachener Marienkirche wurde zum sakralen Zentrum einer reichsweiten Liturgie. Mit ihrem Ritus, ihren Gebets- und Liedtexten sowie mit den für die Messe ausgewählten Bibelpassagen erhielt die abendländische Kirche – dem Kölner Mediävisten Theodor Schieffer (1910–1992) zufolge – ihre römisch-fränkische Eigenart. Sein Selbstverständnis dokumentierte Karl in einem Schreiben, das er 796 dem neu gewählten Papst Leo III. (795–816) überreichen ließ: »Unser ist es, mit der Hilfe des göttlichen Erbarmens die heilige Kirche Christi ... außen mit den Waffen zu verteidigen und innen mit der Erkenntnis des katholischen Glaubens zu festigen. Euer ist, heiligster Vater, mit zu Gott erhobenen Händen wie Moses unser Waffenwerk zu unterstützen.«

Trotz seines Bemühens zerfiel dieses Europa kurz nach Karls Tod 814, aufgeteilt unter seinen streitenden Enkeln; später gingen aus dem Frankenreich unter anderem Frankreich und Deutschland hervor. Trotzdem ist nach Meinung des vormals Münchener Historikers Rudolf Schieffer das, was die europäischen Völker geschichtlich verbindet, auf Karl den Großen zurückzuführen. Dies gelte insbesondere für die christliche Ausrichtung, die im Mittelalter »über alle politischen oder sprachlichen Grenzen hinweg auf den Pilgerwegen, in den großen Orden, an den Universitäten, auf den Kreuzzügen, bei den allgemeinen Konzilen im universalen Verbund der lateinischen Kirche« gelebt wurde.

Christentum und Kirche bildeten bis weit in die Neuzeit hinein die Grundlagen europäischer Kultur. Während sie in anderen Erdteilen eher an Bedeutung gewinnen, Tendenz steigend, haben sie in ihrem früheren Kernland an Boden verloren. Der Münchener Neuzeithistoriker Thomas Nipperdey (1927–1992) spricht gar von einem »Stück Altertum, erhaltenswert, aber nicht eigentlich mehr existenziell«. Technik, Medizin und soziale Sicherungssysteme haben diese Funktionen übernommen.

Darüber hinaus lässt sich der Wahrheitsanspruch des Christentums durch die Erkenntnisse moderner Wissenschaften anzweifeln.

Ist Karl der Große ebenfalls nur mehr eine nostalgische Erinnerung? In den 1950er Jahren, als die Welt sich nach zwei verheerenden Weltkriegen neu erfinden musste und die europäischen Staaten eine Annäherung versuchten, diente er noch einmal als Leitbild einer neuen Einheit. Adenauer, Schumann und De Gasperi – sie traten in Karls Fußstapfen und sind selbst inzwischen Geschichte.

Die Frage, ob Karl der Große noch zum Vorbild taugt, verweist auf eine andere: Welche Werte halten Europa heute zusammen? Nicht zuletzt die jüngsten Ereignisse in der Ukraine machen die Antwort leicht: Friede und Freiheit, die Achtung der Menschenrechte, Solidarität, Aufklärung und Toleranz. Wir stellen uns zudem der Herausforderung, den Reichtum einheimischer Kulturen zu bewahren und zu entfalten, gleichzeitig aber Einheit zu stiften. Dies ist kein einfacher Weg, wie die Zuwanderungsdebatte zeigt.

Zu den schwierigsten Aufgaben gehört wohl, den Islam in Europa zu integrieren.

Durch Beitritte osteuropäischer Staaten in die Gemeinschaft sowie durch Zuwanderung ist die muslimische Religionsgruppe gewachsen und verlangt nach adäquaten Lösungen für die verschiedenen Problemthemen. Und auch dafür bietet Karl der Große Anknüpfungspunkte, wie der belgische Mediävist Henri Pirenne (1862–1935) schon vor knapp 80 Jahren darlegte. In »Mahomet et Charlemagne« postulierte er, dass gerade das Vordringen der Araber im 7. und 8. Jahrhundert bis nach Spanien die Spätantike beendete. Mit anderen Worten: Die Entstehung Europas war schon in seinen Anfängen zumindest indirekt mit dem Aufkommen des Islam verbunden.

Das illustriert auch der westöstliche Kulturaustausch, den Karl der Große mit dem abbasidischen Kalifen Harun al-Rashid in Bagdad pflegte. 797 hatte der Frankenherrscher eine Gesandtschaft dorthin geschickt, um über die Zugangsrechte von Christen zu den heiligen Stätten Jerusalems zu verhandeln. Als sie fünf Jahre später wieder in Aachen eintrafen, brachten die Diplomaten einen weißen Elefanten mit, Abul Abaz genannt und mit diesem Namen auf die Herrschaftsfamilie der Abbasiden verweisend – nicht nur ein kostbares diplomati-

sches Geschenk, sondern auch laut dem Jenaer Mediävisten Achim Hack »ein Mittel der Herrschaftsrepräsentation«, das für den Schenker wie den Beschenkten eine Zeichenfunktion besaß.

Ungeachtet der eigentlich unvereinbaren religiösen Glaubensauffassungen von Christentum und Islam bekundete der Kalif dem westlichen Kaiser gegenüber Respekt und Anerkennung, was er durch eine Gesandtschaft seinerseits bezeugte. Darüber hinaus bahnten diese diplomatischen Kontakte die kulturellen und wissenschaftlichen Wanderwege, auf denen antike Texte zur Geografie, Astronomie, Medizin und Religion aus dem arabischen Raum nach Europa gelangten. Hier wurde jener bedeutsame Einfluss vorbereitet, den die arabische Kultur auf das Abendland entfaltete. ↩

(Spektrum der Wissenschaft, Juni 2014)

NEUZEIT

War der **Dreißigjährige Krieg** europäisch?

von Georg Schmidt



Was als Aufstand in Böhmen begann, erfasste nicht nur das Heilige Römische Reich Deutscher Nation, sondern auch etliche Nachbarstaaten. Doch eine einfache Antwort auf die Frage gibt es nicht.

Der Dreißigjährige Krieg begann 1618 als Rebellion der böhmischen Stände und endete 1648 mit dem Vertragswerk des Westfälischen Friedens, das künftig als »ewiges Verfassungsgesetz« zu den Grundgesetzen des Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation gehörte. Er gilt zu Recht als Krieg um die deutsche Freiheit, das heißt gegen Alleinherrschaft und Despotismus, für die Machtteilung und die Gleichberechtigung des evangelischen Glaubens in Deutschland. Doch weil auch diverse Nachbarstaaten involviert waren, ist in jüngerer Zeit mitunter von einem europäischen Krieg die Rede. Irrten also die Zeitgenossen, wenn sie von einem deutschen Dreißigjährigen Krieg sprachen? Zwar lässt sich diese Frage keineswegs klar

beantworten, doch spricht vieles gegen die Europäisierung.

Europa setzte sich um 1600 aus mehr oder weniger selbstständigen, sich untereinander beargwöhnenden Staaten, Herrschaften und Republiken zusammen. Kriege waren die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Sie richteten sich in Italien und den Niederlanden, in Katalonien und Portugal gegen die spanische Fremdherrschaft. In England suchte das Land seine Freiheit vom Londoner Königshof; in Frankreich rebellierten die evangelischen Hugenotten gegen den katholischen Glaubenszwang und der über das Land verteilte Adel gegen die absolute Macht des Königtums. Die Schweden kämpften um die Vorherrschaft im Ostseeraum, besiegten Russen und Polen, rangen mit den Dänen und griffen in den Krieg in Deutschland ein. Dänen, Schweden und Franzosen intervenierten aber auch deshalb, weil sie sich angesichts der Siege Kaiser Ferdinands II. (1578–1637) und der katholischen

AUF EINEN BLICK

Wider kaiserliche Dominanz

- 1 Den Zeitgenossen galten die Kampfhandlungen, die zwischen 1618 und 1648 in Mitteleuropa ausgetragen wurden, als ein deutscher Krieg.
- 2 Allerdings waren etliche Staaten des Kontinents involviert, weshalb Historiker Ende des 20. Jahrhunderts auch von einem europäischen Krieg sprachen.
- 3 Letztlich war das Hauptziel der Interventionen aber, eine Dominanz des Kaisers im Reich und damit auch in Europa zu verhindern.

Ligaarmee gefährdet sahen. Wenn der Kaiser die Mitte Europas allein beherrschte, verbündet mit dem spanischen König – beide Habsburger –, war er der Hegemon

des Kontinents. Noch unfertige Staaten, so die Erkenntnis des Augsburger Historiker Johannes Burkhardt, rangen in jener Zeit um Stabilität und Anerkennung.

Dabei waren die allgegenwärtigen Krisen und Kriege den Zeitgenossen durchaus bewusst. Nicht wenige Gelehrte suchten nach Lösungskonzepten. Der Dominikaner Tommaso Campanella (1568–1639) empfahl beispielsweise, die Oberherrschaft den Spaniern als der damals stärksten Macht zu übertragen. Maximilien Duc de Sully (1566–1641) befürwortete die Bildung von 15 Staaten, die sich im Gleichgewicht halten würden; dabei sollten die Habsburger nur in Spanien herrschen. Dies schwebte auch Bogislaw von Chemnitz (1605–1678) vor, der unter dem Pseudonym Hippolithus a Lapide in den 1640er Jahren riet, die Habsburger aus dem Reich zu vertreiben, weil sie es beherrschen wollten. Nach Émeric Crucé (1590–1648) sollten die europäischen Herrscher gemeinsam in einem großen Rat über Krieg und Frieden entscheiden. Sie alle unterschätzten allerdings die beiden Größen, die damals die internationalen Beziehungen prägten: die Souveränität, also die unteilbare und höchste Herrschaftsgewalt, so-

wie die Staatsräson, der absolute Vorrang der Interessen eines Gemeinwesens.

Nicht nur politisch, auch kulturell bildete Europa zu Beginn der Frühen Neuzeit keineswegs eine Einheit. In lateinischer Sprache miteinander kommunizierende Eliten betonten nationale Unterschiede, die das gemeinsame antike Erbe überlagerten. Eine der größten Errungenschaften jener Vergangenheit, das römische Recht, galt nur in den romanischen Ländern, sonst hilfsweise oder gar nicht. Zudem war die abendländische Christenheit als Folge der Reformation in vier sich erbittert bekämpfende große Konfessionen gespalten: Katholiken, Lutheraner, Calvinisten und die Anglikaner auf der Britischen Insel. Die Aufrufe zum Türkenkrieg, zum gemeinsamen Kampf gegen den muslimischen Erbfeind, zeigten angesichts der inneren Konflikte nur wenig Wirkung.

Glaubenskonflikt oder allgemeine Krise?

Der eigene Glaube mobilisierte allerdings die Massen gegen die anderen christlichen Konfessionen. Er wurde aber als Kriegsmotiv häufig nur vorgeschoben. Tatsächlich kämpften oft Herrscher und Staaten gleicher Konfession gegeneinander, wie die

Kriege zwischen Spanien und Frankreich, den österreichischen Habsburgern und Venedig, Savoyen und Spanien oder zwischen Schweden und Dänemark zeigen. Die angelsächsische Forschung spricht deshalb seit den 1950er Jahren von der »allgemeinen Krise des 17. Jahrhunderts«. Vor dieser Folie entstand das Deutungsmuster eines europäischen Dreißigjährigen Kriegs, obwohl der bewaffnete Konflikt zwischen Spaniern und Franzosen 1618 noch nicht begonnen hatte und erst 1659 endete.

Die Zeitgenossen sprachen dagegen trotz des Beginns in Böhmen stets von einem deutschen Krieg. Als sich Ferdinand II. anschickte, nach der Schlacht am Weißen Berg dort ein frühabsolutistisches und gegenreformatorisches Königtum zu errichten, warfen ihm seine Gegner vor, auch den »Meister von Deutschland« spielen und die deutsche Freiheit, nämlich das Mitregiment der Reichsstände, liquidieren zu wollen. Als wollte er diese Vorwürfe sogar noch bestätigen, übertrug der Kaiser, der laut Reichsrecht dazu nicht befugt war, dem mit ihm verbündeten Herzog Maximilian von Bayern die Pfälzer Kurwürde sowie die Herrschaft in der Oberpfalz und in der rechtsrheinischen Kurpfalz.

Als die Ligaarmee weiter nach Norden vorstieß, rief dies erstmals mit König Christian IV. von Dänemark (1577–1648) eine ausländische Macht auf den Plan. Doch die kaiserliche Armee unter Albrecht von Wallenstein (1583–1634) verdrängte die Dänen vom Festland. Mit dem Restitutionsedikt von März 1629, das zu Gunsten der Katholiken massiv in die Reichs- und Religionsverfassung eingriff, dehnte der von katholischen Fanatikern beeinflusste, nach noch mehr Macht gierende Kaiser wie schon bei der Kurübertragung seine Befugnisse weit über Gebühr aus. Er trieb die Protestanten in die Arme der Schweden, die im Sommer 1630 auf Usedom gelandet waren. Gustav II. Adolf von Schweden (1594–1632) wollte verhindern, dass sich mit Ferdinand II. und seinem Feldherrn Wallenstein eine starke Macht an der deutschen Ostseeküste festsetzte. Die evangelische Publizistik in Deutschland stilisierte ihn hingegen als Werkzeug Gottes im Kampf gegen den im Papst verkörperten Antichristen. Gustav II. Adolf befreite die deutschen Protestanten tatsächlich aus ihrer ärgsten Not, fiel aber 1632 in der Schlacht bei Lützen. Schweden kämpfte danach im Wesentlichen um territoriale und finanzielle Entschädigungen.

An dessen Seite griff Frankreich 1635 in das Kriegsgeschehen ein, eine Folge seines Konflikts mit dem habsburgischen Spanien. Dabei hatten der Kaiser und die Reichsstände gerade im Prager Frieden vereinbart, nicht mehr die Waffen gegeneinander zu führen. So aber ging das Ringen weiter, und der angebliche Glaubenskrieg verlor endgültig seine Glaubwürdigkeit. Bis zum Westfälischen Frieden 1648 konnte freilich niemand den Sieg erringen, der es ermöglicht hätte, dem Gegner die Bedingungen zu diktieren.

Der Friedensvertrag von Münster und Osnabrück entsprach den Sicherheitsbedürfnissen der deutschen Stände und der europäischen Mächte. Als Reichsgrundgesetz modifizierte er den verfassungsrechtlichen Zustand vor dem Krieg. Er schrieb die reichsständischen Mitbestimmungsrechte, die Konfessionsverhältnisse und mit ihnen auch Diskriminierungsverbote fest, die zum Wurzelwerk der Menschen- und Bürgerrechte gehören. Die drei Garantiemächte – der Kaiser sowie die Herrscher Frankreichs und Schwedens – zeichneten dafür verantwortlich, dass die inneren Verhältnisse im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation nur im Konsens verän-



Seine Gegner warfen dem Kaiser vor, den »Meister von Deutschland« zu spielen

dert werden konnten. Es entstand ein komplexes Mehrebenengefüge, das der heutigen Europäischen Union ähnelt. Es war nur handlungsfähig, wenn sich Kaiser und Reichsstände einig waren.

Mit den Verträgen wurde 1648 die von der niederländischen Republik in einem eigenen Vertragswerk erreichte staatliche Souveränität ebenso anerkannt wie diejenige Basels und der Eidgenossenschaft. Frankreich erhielt die habsburgischen Gebiete im Elsass sowie die Bistümer Toul, Metz und Verdun; diese waren schon seit fast 100 Jahren in französischem Besitz, was nun offiziell anerkannt wurde. Die fortan von Schweden beherrschten Küstenregionen – insbesondere Vorpommern und Bremen – verblieben im Reichsverband.

Der Befund ist demnach hinsichtlich der Frage, ob es nicht doch ein europäischer Krieg war, uneindeutig. Die magischen Zahlen 1618 und 1648, die Ursachen des Gemetzels und das Schlachtfeld verweisen auf einen mitteleuropäischen beziehungsweise deutschen Krieg. Die dazu parallelen Kriege besitzen ihre eigenen Motive. In Dänemark, im Baltikum, im Veltlin, in den Niederlanden, auf der italienischen und spanischen Halbinsel oder auch in Lothringen und im

Burgund wurde jedenfalls nicht primär um die Reichs- und Religionsverfassung, den Vollzug des Restitutionsediktes oder des Prager Friedens gekämpft.

Kampf um den Nationalstaat

Eine gemeinsame europäische Erinnerung an den Dreißigjährigen Krieg gibt es deshalb nicht. In Frankreich gilt diese Zeit als Beginn nationaler Größe, England erinnert sich seiner republikanischen Revolution. Christian IV. steht in Dänemark für imperiale Ambitionen, Gustav II. Adolf in Schweden ebenfalls. Nur in Deutschland, Österreich und Tschechien ist der Dreißigjährige Krieg als Leidenszeit unvergessen, allerdings überformt vom Kampf um den Nationalstaat im 19. Jahrhundert. Damals wurde dieser Krieg zum nationalen Tiefpunkt und zum politischen Argument für ein geeintes und starkes Deutschland, das nie wieder Spielball fremder Mächte werden sollte.

Die deutsche Meistererzählung verband fortan den Dreißigjährigen Krieg als Urkatastrophe und Trauma mit dem glanzvollen preußischen Aufstieg aus Ruinen und der Vollendung im Bismarckreich. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde sie zum Sonderweg ins Verderben umgedeutet.

Auch dieser sollte sich nie mehr wiederholen. Doch der zum nationalen Mythos gewordene Krieg lässt sich nicht einfach europäisieren. Der Westfälische Frieden galt nicht für den ganzen Kontinent und formulierte auch keine Regeln für ein Staatensystem Europas. Wenn der Krieg ein europäischer war, dann ist analog derjenige in Afghanistan ein Weltkrieg, denn dort kämpfen Soldaten aus allen Erdteilen für ihre eigene Freiheit und Sicherheit.

Die europaverträgliche Lösung der deutschen Verfassungs- und Glaubensfragen in einem strukturell nichtangriffsfähigen politischen Mehrebenensystem mit konstitutionell geregeltem Neben- und Miteinander war vorbildhaft. Die deutsche Nation vermied so den Irrweg, ihre Identität an eine Konfession zu binden. Deswegen wurden 1648 individuelle Freiheitsrechte festgeschrieben, die damals ihresgleichen suchten. Dies alles gehört zur europäischen Tradition, macht aber aus dem Dreißigjährigen Krieg noch keinen europäischen. ↩

(Spektrum der Wissenschaft, August 2018)

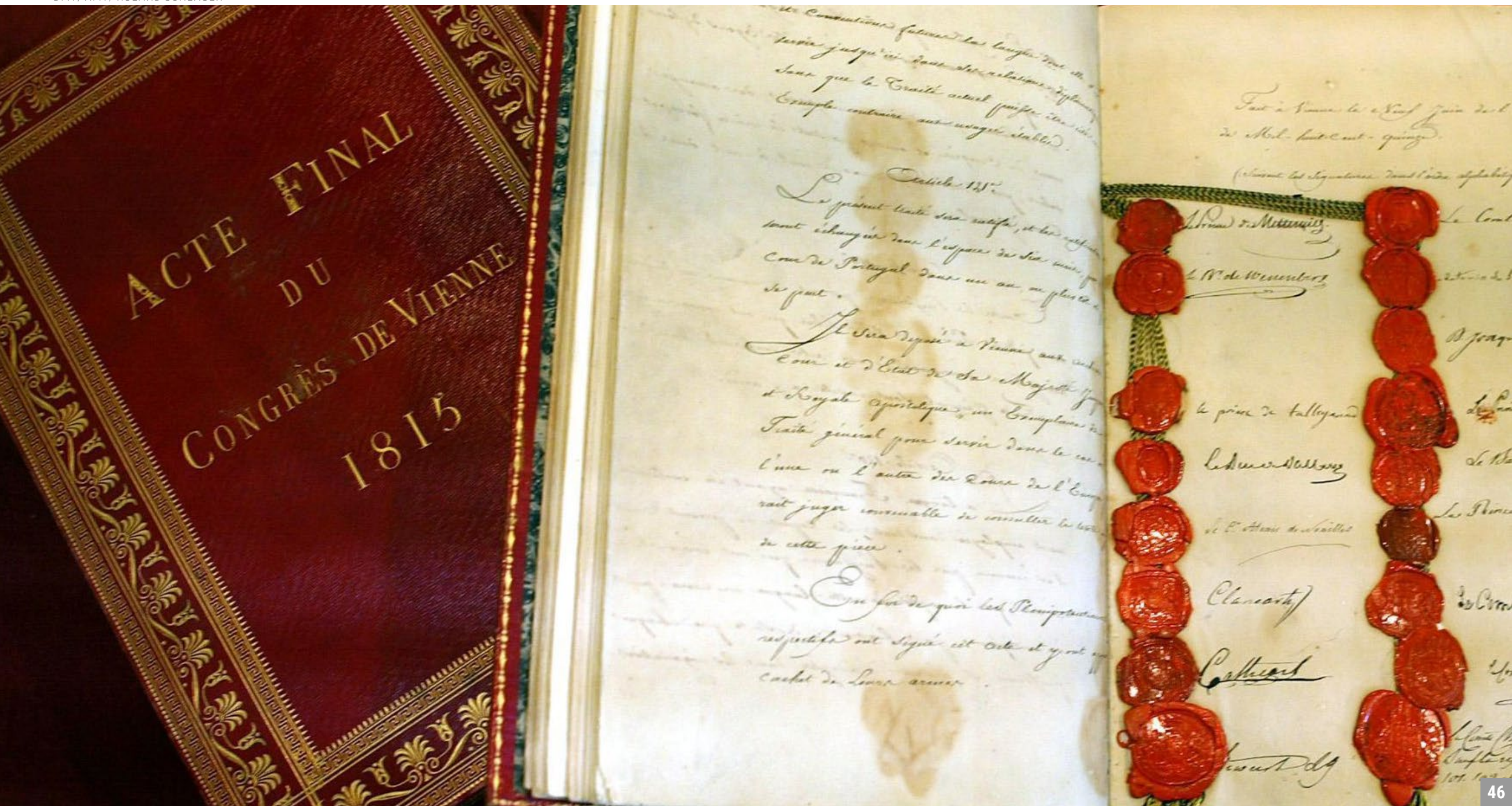
Schmidt, G.: Die Reiter der Apokalypse. Geschichte des Dreißigjährigen Krieges. C.H.Beck, München 2018

WIENER KONGRESS

Die Stunde der **REAKTION**

von Theodor Kissel

DPA / APA / ROLAND SCHLAGER



1815 endete das erste große Gipfeltreffen der Oberhäupter Europas.
Der Wiener Kongress brachte neue Staaten hervor, ein neues Gleichgewicht –
und neue Konflikte.

Im Herbst 1814 kamen in Wien Europas Herrscher zusammen, um nach langem, aber siegreichem Kampf gegen Napoleon den Kontinent neu zu ordnen. Der verhasste »korsische Teufel« war nach Elba verbannt worden. Jetzt galt es, die Konkursmasse seines Imperiums aufzuteilen, Europas Staaten neue Grenzen zu geben, alte Herrschaften neu zu bestätigen oder neue einzusetzen. Etabliert werden sollte die Balance der Kräfte, ein auf die Sicherheitsmaxime des 18. Jahrhunderts zurückgehendes »System des Gleichgewichts in Europa«, die die Grundlage für einen dauerhaften Frieden bilden sollte.

Nach den Friedensschlüssen von Münster (1648) und Utrecht (1713), die den Dreißigjährigen Krieg beziehungsweise den Spanischen Erbfolgekrieg beendeten, ist der Wiener Kongress von 1814/15 der dritte ernsthafte Versuch, mit den Waffen der Diplomatie eine gesamteuropäische Frie-

densordnung zu schaffen. Doch anders als bei seinen Vorgängern im 17. und 18. Jahrhundert nahmen am Wiener Kongress die Staatsoberhäupter Europas persönlich teil.

Das Konzert der Großen

Der Wiener Kongress war ein diplomatisches Großereignis. Niemals zuvor waren so viele Fürsten zusammengekommen, um direkt miteinander zu verhandeln: Rund 300 königliche und fürstliche Delegationen gaben sich vom 18. September 1814 bis zum 9. Juni 1815 in der Donaumetropole die Klinke in die Hand – darunter 33 Vertreter deutscher Kleinstaaten sowie vier freier deutscher Städte. Das Sagen auf dem Kongress aber hatten die vier Siegermächte, bestehend aus Russland, Österreich, Preußen und England, sowie Frankreich, das zunächst nur informell in diesen exklusiven Klub der Großen aufgenommen worden war. Dieser Fünferausschuss bilde-

te als »Zentrum und Sitz aller Geschäfte« das ausschlaggebende Gremium des Kongresses, das über die Geschicke Europas bestimmen sollte, so wie es die vier Siegermächte bereits in einem geheimen Zusatzabkommen des Pariser Friedensvertrags vom 30. Mai 1814 festgelegt hatten.

Der Wiener Kongress war keine Konferenz im modernen Sinn: keine feierliche Eröffnung mit allen Teilnehmerstaaten, keine geregelten Plenarsitzungen unter der Leitung eines Präsidenten. Dafür wurde hinter den Kulissen in Kabinetten, informellen Besprechungen und vertraulichen Unterredungen verhandelt, oder man traf sich ständig zu gesellschaftlichen Anlässen. Schließlich soll der Kongress nach dem berühmten Bonmot des österreichischen Fürsten Charles-Joseph de Ligne ja ausgiebig getanzt haben. Tatsächlich aber wurde gefeiert und verhandelt, wobei das gesellschaftliche Rahmenprogramm, be-

DER WIENER KONGRESS

»Le congrès ne marche pas, il danse«, soll Charles Joseph de Ligne einst gesagt haben: »Der Kongress schreitet nicht voran, er tanzt.« Tatsächlich waren gemeinsame Sitzungen aller Delegierten wie auf diesem zeitgenössischen Stich von Jean-Baptiste Isabey die Ausnahme.



stehend aus Hofbällen, Banketten, Konzerten, Theatervorstellungen, Heeresmanövern, Jagden und Spazierfahrten dazu diente, »Kontakte zu knüpfen und Absprachen zu treffen«, so die Kulturwissenschaftlerin Hazel Rosenstrauch über den politischen Wert des festlichen Treibens.

Der Kongress als Ganzes trat nur ein einziges Mal am 9. Juni 1815 zur Unterzeichnung der Schlussakte zu einer öffentlichen Sitzung zusammen, weswegen Talleyrand spöttisch vom »Kongress, der nie stattfand« sprach. Zur Klärung einzelner Problemfelder wurden spezielle Fachkommissionen und Ausschüsse geschaffen: An territorialen Kriterien orientierten sich das Deutsche und das Schweizer Komitee. Andere beschäftigten sich mit dem Verbot des Sklavenhandels, den Rechten der deutschen Juden, der freien Schifffahrt auf europäischen Flüssen, der Neuordnung diplomatischer Spielregeln und – eminent wichtig – mit statistischen Angelegenheiten, da anhand der Bevölkerungszahl die territoriale Neuordnung Europas entschieden wurde.

Regisseure des Kongresses

Die Hauptakteure des Wiener Gipfeltreffens waren der russische Zar Alexander I.,

ein ebenso zielstrebig wie kaltschnäuziger politischer Taktiker, der überzeugt war, von Gott zur Erlösung der Welt berufen zu sein; der britische Außenminister Lord Castlereagh, ein etwas unterkühlter, aber kühl kalkulierender Realpolitiker, der in Vertretung des schwer kranken Königs Georg III. in die Donaumonarchie gekommen war; der scheue und melancholische Preußenkönig Friedrich Wilhelm III.; der blitzgescheite Opportunist Charles Maurice de Talleyrand-Périgord, der als Verhandlungsführer des von den Siegermächten wieder eingesetzten Bourbonenkönigs Ludwig XVIII. versuchte, aus den Trümmern des napoleonischen Reiches für Frankreich das Beste herauszuholen – und, last, but not least, der österreichische Außenminister Klemens Wenzel Lothar Fürst von Metternich, in dessen Vorstellungswelt die Aristokratie mit jener »Legitimität« regierte, die ihr per Geburtsrecht zustand.

Als selbst ernannter »Kutscher Europas« orchestrierte Metternich nicht nur höchst taktvoll die politischen und gesellschaftlichen Ereignisse des Wiener Mächtekonzerpts, sondern wachte als Hüter der alten Ordnung mit Argusaugen darüber, dass nicht einmal der Lufthauch eines »wind of

»Im Grunde waren sich die Großmächte nur einig, wenn es darum ging, anderen das Recht vorzuschreiben«

[Friedrich Gentz]

change« durch Europa wehte. Für ihn, der als Student in Straßburg miterlebte, wie 1789 ein »entfesselter Mob« das Rathaus mit Beilen und Eisenstangen stürmte, war Revolution seitdem der Inbegriff von Chaos, Anarchie und Krieg.

Architektur Europas

Fast zwei Jahrzehnte lang hatte Napoleon ganz Europa mit Krieg überzogen und weite Teile des Kontinents unter seine Herrschaft gebracht. Nach seiner Abdankung im April 1814 entschieden sich die vier großen Siegermächte – England, Preußen, Österreich und Russland – die Landkarte Europas neu zu ordnen.

Das Hauptproblem war zunächst, wie man mit Frankreich, dem Urheber allen Übels (Revolution und kriegerische Expansion) umgehen sollte. Und da fanden die »Großen Vier« eine für die damalige Zeit höchst weitsichtige Lösung: Denn im Gegensatz zum Versailler Vertrag von 1919 ließen sich die Siegermächte nicht zu einer von Rachedgedanken geleiteten Siegerjustiz hinreißen, sondern akzeptierten den besiegten Gegner als gleichrangigen Verhandlungspartner. Freilich erst, nachdem mit Ludwig XVIII. ein Vertreter jenes Hau-

ses zum König von Frankreich berufen wurde, das 1789 durch die Revolution hinweggefegt worden war.

Unter der Leitung des österreichischen Außenministers Fürst von Metternich wurde in Wien über eine neue Sicherheitsarchitektur debattiert, in der für hegemoniales Bestreben kein Platz sein sollte. Das Bemerkenswerte daran war, dass man »gemeinsame Interessen definierte, um zu einer gemeinsamen europäischen Verständigung zu kommen«, so der französische Historiker Thierry Lentz. Leitmotiv war die Schaffung eines neuen Systems kollektiver Sicherheit für Europa, das auf dem Gleichgewicht der Kräfte beruhen sollte. Gleichgewicht bedeutete, dass niemand in Europa die Vorherrschaft haben sollte, damit der Frieden bewahrt blieb. Doch so innovativ der Gedanke eines kollektiven Sicherheitssystems auch war, so repressiv waren die Mittel, deren man sich bediente, um dieses zu »verordnen«. Denn das »System Metternich« war gleichzeitig auch eine Allianz gegen liberale Ideen, gegen das Gedankengut der Französischen Revolution.

Die Architektur der Wiener Friedensordnung beruhte auf drei politischen Prinzipien: der Restauration, also der Wiederher-



FÜRST VON METTERNICH

Fürst Klemens Wenzel Lothar von Metternich (1773–1859) war Außenminister des Kaisertums Österreich. In seinem Amtssitz, dem Palais am Ballhausplatz, wurde der Kongress abgehalten. Heute befindet sich in dem Gebäude das österreichische Bundeskanzleramt.



FRANKREICHS UNTERHÄNDLER TALLEYRAND-PÉRIGORD

Charles Maurice de Talleyrand-Périgord (1754–1838) war Frankreichs Chefdiplomat auf dem Wiener Kongress und vertrat damit die von den Siegermächten wiederhergestellte Monarchie. Zuvor hatte er sich jedoch auch in der Französischen Revolution engagiert.

stellung des politischen Zustands vor der Französischen Revolution 1789; der Legitimität, der Rechtfertigung der alten monarchischen Herrschaftsverhältnisse; und der Solidarität, der gemeinsamen Interessenpolitik legitimer Fürsten zur Abwehr revolutionärer Ideen oder Bewegungen.

Kein Wunder, dass schon damals Kritik an der Vorgehensweise der Großmächte laut wurde, weil diese die politische Landkarte Europas über die Köpfe der Bewohner hinweg verändert und einen Kontinent der Monarchen, nicht der Völker geschaffen hätten. Nur wenige Monate nach der Unterzeichnung der Wiener Schlussakte ging der Metternich-Vertraute Friedrich Gentz mit den Signatarmächten hart ins Gericht: Erreicht habe die feierliche Zusammenkunft »nur Vereinbarungen zwischen den Großmächten [...] und einige recht willkürliche Veränderungen im jeweiligen Besitzstand der kleineren Mächte«. Gentz' Fazit: »Im Grunde waren sich die Großmächte nur einig, wenn es darum ging, anderen das Recht vorzuschreiben.« Und der polnische Historiker Adam Zamoyski urteilt im Abstand von 200 Jahren: »Dieses Entscheidungskartell hat schlichtweg beschlossen, Europa im gegenseitigen

Einverständnis zu reorganisieren und zu lenken, ohne die kleineren Mächte, geschweige denn die öffentliche Meinung, zu beachten«.

Disharmonisches Miteinander

Trotz der glänzenden Fassade und aller nach außen hin zur Schau gestellten Solidarität blieb das »Konzert der Mächte« disharmonisch, weil Europas gekrönte Häupter nationale Machtinteressen verfochten. Schon vor Beginn der Verhandlungen hatte sich abgezeichnet, dass die grundsätzlichen Positionen der Mächte erheblich differieren. »Ehrliche Makler« saßen in Wien nicht am Verhandlungstisch, erklärt der Historiker Paul W. Schroeder. Vielmehr tobte hinter den Kulissen, in Kabinetten, informellen Besprechungen und vertraulichen Unterredungen eine erbitterte diplomatische Schlacht um Einfluss und Macht – und um eine möglichst günstige Ausgangsposition für die Zeit nach dem Kongress. Ein Musterbeispiel dafür ist die Garantieerklärung einer »immerwährenden Neutralität« für die Schweiz, die den Eidgenossen auf Betreiben Metternichs zugesprochen wurde. Für Paul Widmer ein geschickter Schachzug. Schließlich habe

»Habsburgs Chefdiplomat in der Neutralität der Schweiz bloß ein Mittel gesehen, diese dem Einfluss Frankreichs zu entziehen und Österreich die Möglichkeit der Intervention zu geben«, so der an der Universität St. Gallen lehrende Historiker.

Gleich zu Beginn der Verhandlungen erhitzten sich die Gemüter an der Frage, wie und in welchem Umfang die Territorien aus der napoleonischen Konkursmasse unter den Siegermächten aufgeteilt werden sollten. Besonders heftig gerieten Österreichs Staatskanzler Metternich und der russische Zar Alexander I. aneinander. Ihr Streit drehte sich um einen jungen Staat auf dem Boden einer alten Nation, den die Befreiungskriege hienlos gemacht hatten: das Herzogtum Warschau. Das zwischen 1772 und 1795 dreimal von Österreich, Russland und Preußen geteilte und von Napoleon ab 1807 unter Abtretung preußischen und österreichischen Territoriums geschaffene Herzogtum war seit der Niederlage des Franzosenkaisers von russischen Truppen besetzt.

Der Zar machte seinen Anspruch auf Polen geltend und schlug vor, Preußen als Kompensation für den Verlust seiner pol-

nischen Gebiete mit Sachsen zu entschädigen. Dies wiederum stieß auf erbitterten Widerstand Österreichs und Englands, die durch ein Erstarken Russlands und Preußens das Gleichgewicht der Kräfte in Europa bedroht sahen. Zwar konnte der monatelang schwelende Konflikt am Ende dank einer Reihe geschickter Kompromisse beigelegt werden: Polen wird zum vierten Mal in nicht einmal 50 Jahren geteilt. Der größte Teil des nun aufgelösten Herzogtums Warschau geht an Russland, kleinere Gebiete fallen an Preußen und Österreich. Preußen erhält den nördlichen Teil Sachsens und weite Gebiete Westfalens und des Rheinlands. Doch gerade die Polen-Sachsen-Frage zeigt, wie brüchig die viel beschworene Solidarität der Allianz war, wenn es um Territorialfragen in Europa ging.

Zukunft Deutschlands

Als nicht minder heikel erwies sich die deutsche Frage, die von den europäischen Themen abgetrennt und in einem eigenen »Deutschen Komitee« beraten wurde. Dieses verstrickte sich in endlose Verhandlungen und kam erst zu einer abschließenden Lösung, als am 7. März 1815 in Wien die

»Der Wiener Kongress hat gezeigt, dass es leichter ist, sich Seelen anzueignen, als Herzen zu gewinnen«

[Abbé Dominique-Dufour de Pradt]

Nachricht eintraf, dass Napoleon die Insel Elba verlassen hatte und Richtung Paris marschierte. Die zentrale Frage war: Welches Band sollte die deutschen Staaten künftig zusammenhalten, nachdem sich das Heilige Römische Reich deutscher Nation 1806 auf Druck Napoleons auflösen musste? Ein deutscher Nationalstaat kam für Metternich nicht in Frage, würde ein solcher doch auch andere Völker Europas, Ungarn, Tschechen, Slowaken, Kroaten, Serben, im habsburgischen Imperium ermutigen, eigene Staaten zu gründen – mit verheerenden Folgen für das österreichische Vielvölkerreich.

Deshalb implementierte man im Herzen Europas den »Deutschen Bund«, einen lockeren Zusammenschluss von 38 unabhängigen Staaten und Städten ohne gemeinsames Oberhaupt oder ein Parlament aus gewählten Volksvertretern. Das einzige Verfassungsorgan dieses föderativen Gebildes war ein Gremium von Gesandten, die Bundesversammlung in Frankfurt am Main, die unter dem ständigen Vorsitz Österreichs stand. Damit wurden auch die in den Befreiungskriegen aufkeimenden Hoffnungen auf ein »Deutschland einig Vaterland« enttäuscht.

Bund von Thron und Altar

Die diffuse Idee, alle demokratischen und nationalen Bestrebungen schon im Keim zu ersticken, mündet am 26. September 1815 in die Gründung der »Heiligen Allianz«. Das Bündnis war zwar nicht Bestandteil der offiziellen Verhandlungsergebnisse des Kongresses, steht aber inhaltlich in einem engen Zusammenhang mit diesem und bildet einen entscheidenden Bestandteil des sich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts formierenden »Systems Metternich«.

Zur »Heiligen Allianz« gehörten zunächst Preußen, Österreich und Russland. Dieses Manifest rief zur christlichen Brüderlichkeit auf und stand damit in direktem Gegensatz zur revolutionären Brüderlichkeit der Völker. Die drei Monarchen erklärten darin ihre Entschlossenheit, »sich bei jeder Gelegenheit und an jedem Ort Beistand, Hilfe und Unterstützung zu gewähren«. Dies galt ebenso für die Bekämpfung von liberalen und anderen »umstürzlerischen Bestrebungen« wie für den Fall, dass einer der Vertragspartner in Gefahr geriet, seinen Thron zu verlieren. Die Herrscher von Gottes Gnaden beriefen sich auf ihre Verantwortung, die Kirche zu schüt-



AKG IMAGES / FINE ART IMAGES / HERITAGE IMAGES (GEORGE DAWE: PORTRAIT ALEXANDER I., 1825; MUSEUM PETERHOF, ST. PETERSBURG)

RUSSLAND: ZAR ALEXANDER I.
Alexander I. von Russland (1777–1825)
war ein enger Freund von Friedrich Wilhelm III. von Preußen.

zen und das Volk »gemäß den Worten der Heiligen Schrift« zu regieren.

Der englische Außenminister Castlereagh, der sich auf dem Wiener Kongress als ein kühler, aber kompetenter Sachwalter der Wiederherstellung des europäischen Gleichgewichts ausgewiesen hatte, nannte das Gründungsdekret ein »Stück sublimen Mystizismus und Unsinn«. Nichtsdestotrotz traten der »Heiligen Allianz« alle Monarchen des Kontinents und selbst die republikanische Schweizerische Eidgenossenschaft bei. Nur der durch den Kongress wiederhergestellte Kirchenstaat stellte sich quer, weil Papst Pius VII. sich weigerte, in »protestantischen und byzantinischen Ketzern« gleichwertige Vertragspartner anzuerkennen.

Multilaterale Diplomatie

Noch im Bann der Ereignisse von der Rückkehr Napoleons forcierten die Alliierten im November 1815 ihre Anstrengungen für die Schaffung eines neuen Systems kollektiver Sicherheit für Europa. Sie versuchten sich an einem ehrgeizigen Projekt, das heute als Kongresssystem bezeichnet wird und bis 1822 operierte. Bei diesen »Kongressen« handelte es sich um regelmäßige Treffen,

die in verschiedenen europäischen Städten stattfanden (Aachen, 1818; Troppau, 1820; Laibach, 1821; Verona, 1822) – heute würden wir von »Gipfeln« sprechen. Hier wurde ein neues völkerrechtlich-politisches Instrument aus der Taufe gehoben, auf das in seiner Funktion als »Clearingstelle des Mächtekonzerts« in der Folgezeit immer wieder zurückgegriffen werden sollte, so der Stuttgarter Historiker Wolfram Pyta zum Versuch der Schaffung einer permanenten multilateralen Diplomatie.

Allerdings scheiterte der Wille zur europäischen Verständigung zunehmend an nationalen Egoismen und an Meinungsverschiedenheiten über den wirklichen Zweck der Allianz. Kaum war die napoleonische Gefahr nach Waterloo endgültig gebannt, schwand auch der Fundus an Gemeinsamkeiten und mit ihm die Mechanik des Gleichgewichts der Kräfte. Erste Risse im europäischen Mächtekoncert traten 1819 mit den so genannten Karlsbader Beschlüssen auf, als im Geist der »Heiligen Allianz« eine Reihe von antirevolutionären Gesetzen den Deutschen Bund in ein repressives politisches Gebilde verwandelte. Die Bewegungsfreiheit wurde eingeschränkt, die Polizei erhielt weit reichende Sondervoll-

machten, die Zensur wurde in grotesker Weise verschärft: Jede Universität bekam einen staatlichen Kurator, jeder Hörsaal seine Spitzel. Selbst Predigten in den Kirchen wurden mitstenografiert.

Um Europa vor liberalen und nationalen Bewegungen zu schützen, wurde im Trop-pauer Protokoll das Interventionsprinzip völkerrechtlich festgeschrieben. Aufstände, die das System der fürstlichen Legitimität gefährdeten, sollten bereits im Keim erstickt werden. Hierzu schlug Metternich den Aufbau einer europäischen Polizeizentrale vor, ein supranationales Informationszentrum, wo Erkenntnisse der politischen Polizei aus allen Ländern gesammelt, ausgewertet und ausgetauscht werden können. Dies ging den Briten dann doch zu weit. In England, wo in der Folge der industriellen Revolution das aufstrebende liberale Bürgertum zuerst zu politischem Einfluss gelangte, lehnte man nicht nur dieses frühe »Europol-Projekt« ab, sondern auch den auf Repression gründenden europäischen Ordnungsentwurf. Dies zeigte sich 1822 auf der Konferenz von Verona, als die Briten im Zuge des Freiheitskampfs der Griechen (1821) die Idee des Selbstbestimmungsrechts der Völker unterstützten.



AKG IMAGES (FELIX PHILIPPOTEAUX: DIE SCHLACHT VON WATERLOO, 1874; LONDON, VICTORIA AND ALBERT MUSEUM)

Die Bilanz des Versuchs, Europa nach Napoleons Abtritt von der Bühne der Geschichte neu zu ordnen, fällt zwiespältig aus: Einerseits implementierte die neue Wiener Ordnung ein Mächtesystem, das auf Kooperation statt auf Konfrontation setzte – und so dem von Kriegen geschundenen Europa ein Gleichgewicht der Kräfte und eine recht friedfertige Zeit bescherte.

»Erstmals in der Geschichte«, so der Mainzer Historiker Heinz Duchhardt, »kam es zu einer Art von politischer Vertrauensbildung unter den Großmächten, weshalb man heute den Wiener Kongress als Geburtsstunde der modernen Diplomatie bezeichnet.«

Andererseits aber gründete die Wiener Friedensordnung auf den althergebrach-

SCHLACHT VON WATERLOO

Noch während des Kongresses floh Napoleon von der Insel Elba und marschierte auf Paris, wo er in einer Art Putsch seine »Herrschaft der Hundert Tage« antrat. Sie endete mit der Schlacht von Waterloo am 18. Juni 1815, als eine Koalition von Großbritannien, Preußen, Russland und Österreich den Franzosen endgültig niederrang.

ten Prinzipien der Legitimität, welche die Privilegien des Adels festigte und liberale Ideen unterdrückte, aber auch vielen Nationen eine politische Existenz absprach. Es war dieses starre Festhalten an längst überkommenen Maximen, das den französischen Abbé Dominique-Dufour de Pradt (1759–1837), einen der Baumeister der Bourbonen-Restauration, zu der Bemerkung veranlasste: »Der Wiener Kongress hat gezeigt, dass es leichter ist, sich Seelen anzueignen, als Herzen zu gewinnen.«

Der Wiener Kongress zeigt aber auch, dass Friedensschlüsse auf Dauer keine Garantie dafür sind, dass alle Schwerter in Pflugscharen verwandelt werden. Rund 50 Jahre gelang es den europäischen Staatsmännern recht gut, mit Hilfe der Diplomatie Krisenmanagement zu betreiben. Doch dann versagte die Diplomatie zusehends. Die nationalistischen Kräfte gewannen die Oberhand, und die europäischen Staatsmänner schlitterten sehenden Auges in die »Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts« (George F. Kennan). ↩

(Spektrum – Die Woche, 24/2015)

Spektrum
der Wissenschaft
KOMPAKT

KRIEG UND FRIEDEN

Wurzeln der Gewalt | Jenseits von Eden
Unlösbare Konflikte | Den Frieden berechnen
Ärzte ohne Grenzen | Helfer in der Not

HIER DOWNLOADEN

FÜR NUR
€ 4,99

JCOMP / GETTY IMAGES / ISTOCK

KULTURGESCHICHTE

Die tausendundein Gesichter **des Antisemitismus**

von Marc Scheloske

Judenfeindlichkeit ist ein opportunistisches Chamäleon: Sie tarnt sich, taucht ab und in veränderter Form wieder auf. Aktuelle Studien zeigen, wie antisemitische Ideologien miteinander verwoben sind und wie sie sich in jüngster Zeit gewandelt haben.



W

enn in Berlin, wie zuletzt Mitte Dezember 2017, eine israelische Fahne verbrannt wird, dann macht das be-

troffen. Und es macht deutlich: Antisemitismus ist mitten unter uns und so lebendig wie eh und je.

Manche Kommentatoren sehen das freilich anders. Mit Antisemitismus habe das allenfalls am Rand zu tun, Kritik am Staat Israel müsse doch noch erlaubt sein, tönt es von der einen Seite. Von einer anderen Seite kommt der Hinweis, dass ein Großteil der antisemitischen Parolen und Diffamierungen doch von Personen mit muslimischem Hintergrund stamme, es sich somit allerhöchstens um islamischen Antisemitismus handele. Wie valide sind diese Argumente? Sind solche Hinweise nicht selbst antisemitische Reflexe? Und ist es überhaupt möglich, einen europäischen von einem arabisch-islamischen Antisemitismus zu unterscheiden?

Vorweg: »Antisemitismus« ist ein furchtbarer Begriff. Und das nicht allein wegen der schrecklichen Dinge, die er bezeichnet, sondern auch, weil er so schrecklich unpräzise ist. Er bezeichnet sowohl die deplatziert-

te Karikatur als auch den systematischen Mord an Millionen europäischer Juden. Gehört das wirklich in die gleiche Schublade? Ja, sagen (die allermeisten) Fachleute, die sich damit beschäftigen.

Und sie haben Recht damit. Denn so unterschiedlich die einzelnen Sachverhalte auch sein mögen, gemeinsam ist ihnen, dass sie sich auf ein Gerücht berufen. Die schlechte Karikatur und der Genozid: Hinter beiden steckt das »Gerücht über die Juden«, wie der deutsche Philosoph Theodor W. Adorno feststellte.

Eine Schattenseite christlich-abendländischer Tradition

Seit rund 2500 Jahren werden nun also Gerüchte über Juden kolportiert. Und seitdem werden sie diskriminiert, verfolgt und ermordet. »Wir haben bereits in der Antike eine Judenfeindschaft gehabt, und es gab auch Pogrome vor der christlichen Zeitrechnung«, erklärt die Antisemitismusforscherin Monika Schwarz-Friesel von der TU Berlin. Mit dem Aufkommen des Christentums verschärfte sich allerdings die Tonlage; neue negative Vorurteile über die Juden wurden erfunden, die Konflikte nahmen zu. Die junge christliche Kirche versuchte

»In den traditionellen islamischen Gesellschaften galten die Juden als ›schwach‹ und ›ängstlich‹. Das Narrativ des allmächtigen jüdischen Verschwörers wurde erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts aus dem Fundus des modernen europäischen Antisemitismus entnommen«

[Michael Kiefer, Islamwissenschaftler]

sich mit allen Mitteln abzugrenzen. Seitdem zieht sich eine Spur der Judenfeindschaft durch das Christentum und somit durch die europäische Geschichte. Immer wieder wurden neue Gerüchte geschürt und Anlässe erfunden, um Juden zu diskriminieren. Im Rahmen der Kreuzzüge wurde mit ganzem missionarischem Eifer gegen die »übelsten Feinde Gottes vorgegangen«; später wurden Pogrome angezettelt oder die Aussonderung der Juden in Gettos vollzogen. Immer und immer wieder wurden antijüdische Klischees reaktiviert, mit Inbrunst gegen »die Wucherjuden« gehetzt, sie wurden als »Brunnenvergifter« für Pest und Seuchen verantwortlich gemacht und als »Ritualmörder« und »Kinderschlächter« denunziert.

Im Vergleich dazu hatten die Juden in der arabischen Welt etwas mehr Glück, denn ihnen waren immerhin Verschnaufpausen vergönnt. Phasen massiver Diskriminierung, in denen es (wie 1066 in Granada) vereinzelt auch zu Pogromen kam, wechselten sich mit Phasen ab, in denen Juden als Minderheit immerhin geduldet waren. Die Erklärung dafür ist freilich banal: Juden waren in islamischen Gesellschaften bis weit ins 19. Jahrhundert hinein schlicht zu unbedeu-

tend, zu marginalisiert, als dass sich eine intensivere politische oder theologische Auseinandersetzung mit ihnen gelohnt hätte.

Den Boden für das erneute Aufflammen des Antisemitismus in der arabischen Welt bereitete schließlich ein Import aus dem europäischen Repertoire der judenfeindlichen Einstellungen. Es war in Damaskus im Jahr 1840, als (von dort ansässigen Christen wohl gemerkt!) behauptet wurde, Juden hätten einen Kapuzinerpater ermordet. Doch damit nicht genug: Mit dem Blut ihres Opfers hätten sie ihre traditionellen Matzen (Brot) gebacken. Damit war der klassisch-europäische Vorwurf des Ritualmords also in der arabischen Welt angekommen. Und die Affäre schlug hohe Wellen. Es wurde Anklage gegen die vermeintlichen Täter erhoben, es kam zu diplomatischen Verwicklungen, und – schlimmer noch – das importierte Gerücht setzte sich im kollektiven Gedächtnis fest. In der Folgezeit wurden im ganzen arabischen Raum wiederholt ähnliche Beschuldigungen erhoben. Bis heute ist der Ritualmordvorwurf präsent, für den die erfundene Geschichte des Jahres 1840 der Präzedenzfall war. Zu einem solchen ideologischen Transfer von Europa in die islamische Welt kam es ein weiteres

Mal, wie der Islamwissenschaftler Michael Kiefer von der Universität Osnabrück erläutert: »In den traditionellen islamischen Gesellschaften galten die Juden als ›schwach‹ und ›ängstlich‹. Das Narrativ des allmächtigen jüdischen Verschwörers wurde erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts aus dem Fundus des modernen europäischen Antisemitismus entnommen.«

Vor dem Hintergrund des beginnenden Palästina-Konflikts wurde das Gerücht von der »jüdischen Weltverschwörung« schnell populär. »Einen noch größeren Einfluss übten die Nationalsozialisten aus, die gezielt antisemitische Propaganda in der arabischen Welt verbreiteten und auch direkt mit arabisch-muslimischen Führern zusammenarbeiteten«, ergänzt der deutsche Historiker Günther Jikeli, der an der Indiana University und der Universität Potsdam seit vielen Jahren zum islamischen Antisemitismus forscht.

Der Großmufti von Jerusalem: Hitlers glühender Verehrer

Jikeli spielt damit auf die schillernde Biografie von Mohammed Amin al-Husseini an. Dieser wurde 1921 Mufti von Jerusalem und später Präsident des Obersten Islamischen

»Etwas verklausuliert wird
anstatt von Juden auch von
Freimaurern, Illuminaten,
Zionisten oder Israel
gesprochen. Antisemitische
Denkmuster werden so versucht
zu verstecken, oftmals auch vor
sich selbst, denn nahezu alle
Antisemiten weisen
Antisemitismus weit von sich«

[Günther Jikeli, Historiker]

Rats. Er diene als Galionsfigur all derer, die von einem panarabischen Staat träumten. Und er verband den europäischen und den arabischen Antisemitismus: Er propagierte die These von der jüdischen Weltverschwörung und machte auch sonst aus seiner Bewunderung für Hitler keinen Hehl.

Als ihn die Briten aus Palästina verbannten, fand er 1941 in Berlin Zuflucht. Dort wurde er von Adolf Hitler persönlich hofiert und betätigte sich aus der Distanz weiterhin als Aufwiegler der arabischen Bevölkerung gegen die britischen Besatzer. Er mobilisierte muslimische Einheiten für die Waffen-SS, die – so der Plan – die Endlösung der Judenfrage in Palästina selbst übernehmen sollten.

Wer sich heute über die augenfälligen Gemeinsamkeiten zwischen ideologischem Judenhass der Nazizeit und dem islamistischen Antisemitismus unserer Tage wundert, der findet in der Person al-Husseini ein Bindeglied. Denn zusammen mit seinem politischen Netzwerk gelang es dem Mufti in der Nachkriegszeit, Elemente der nationalsozialistischen Ideologie in der arabischen Welt zu etablieren. Auswirkungen hatte das etwa auf die Lehrpläne in vielen arabischen Ländern. »In syrischen Schulbü-

chern findet sich ein Geschichtsbild von Deutschland, mit dem deutsche Neonazis sehr zufrieden wären: Die Juden hätten sich in der Weltwirtschaftskrise 1929 bereichert, und Hitler, der als starker Führer dargestellt wird, wehrte sich gegen die Juden, wobei der Holocaust nicht erwähnt wird«, erläutert Günther Jikeli.

Reimport der antisemitischen Ideologie

Solche Positionen wurden nun mit dem Zustrom von Zuwanderern quasi wieder nach Deutschland reimportiert. Was Geflüchtete aus Syrien und dem Irak über Juden denken, hat Jikeli in einer Pilotstudie im Auftrag des American Jewish Committee (AJC) untersucht. Die Ergebnisse der Interviews mit 68 geflüchteten Personen wurden im Dezember 2017 vorgestellt.

Wenig überraschend ist der grundsätzliche Befund, dass antisemitische Vorstellungen für viele Geflüchtete selbstverständlich sind. Die bittere Ironie dabei: Ein zentraler Bezugspunkt sind ausgerechnet Positionen, die im arabischen Raum bis vor kurzer Zeit nahezu unbekannt waren. »Weit verbreitet ist die Ansicht, Juden regierten die Welt, seien reich, mächtig, skrupellos und würden absichtlich Kinder ermorden«,

berichtet Studienautor Jikeli. Ein ähnlich ernüchterndes Bild zeichneten freilich auch schon andere Studien, etwa jene von Sina Arnold und Jana König im Auftrag des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus für den Deutschen Bundestag.

Bemerkenswert bei der jüngsten Studie ist die riesige Bandbreite von Einstellungen gegenüber Jüdinnen und Juden. Neben wildesten Weltverschwörungsfantasien, Bagatellisierungen des Holocaust und bitterem Hass finden sich auch reflektierte Positionen und Sympathien für die Juden. Die Angehörigen der Mehrheitsbevölkerung im jeweiligen Herkunftsland sind häufig deutlich antisemitisch geprägt; Angehörige von Minderheiten (insbesondere einige Kurden) äußerten jedoch projüdische und proisraelische Einstellungen.

Insgesamt macht die Studie deutlich, dass die Verquickung von Nationalismus und äußerst selektiver historischer (Schul-) Bildung eine fatale Mischung ist. Wobei Günther Jikeli betont: »Verschwörungsfantasien gehen durch alle Schichten. Klassiker, wie die ›Protokolle der Weisen von Zion‹, waren unter den Interviewpartnern aber vor allem bei gebildeteren Menschen bekannt. Ein ehemaliger Schuldirektor und Professor bei-

spielsweise erklärte damit die Kriege der letzten 100 Jahre im Nahen Osten.«

In gebildeten Milieus hier zu Lande wäre das heute eher schlecht vorstellbar. Monika Schwarz-Friesel von der TU Berlin, die sich seit Langem intensiv mit den verbalen Mustern des Antisemitismus beschäftigt, stellt fest: »Seit 1945 ist bei uns ein expliziter Vulgarantisemitismus tabuisiert und wird sanktioniert.« Judenfeindliche Botschaften würden quasi getarnt und in Form von sogenannten Umweg-Kommunikationen artikuliert. »Statt explizit auf Juden zu verweisen, werden Paraphrasen wie ›jene einflussreichen Kreise‹ benutzt. Und ›Rothschild‹ ist eine bekannte Chiffre für das Stereotyp des jüdischen Wuchers und Finanzwesens.«

Ähnliche Beobachtungen machte auch Jikeli bei den Flüchtlingen aus dem arabischen Raum: »Etwas verklausuliert wird anstatt von Juden auch von Freimaurern, Illuminaten, Zionisten oder Israel gesprochen. Antisemitische Denkmuster werden so zu verstecken versucht, oftmals auch vor sich selbst, denn nahezu alle Antisemiten weisen Antisemitismus weit von sich.« Die Ahnung, dass sich manche Antisemiten offensichtlich zu solchen kognitiven Kapriolen genötigt sehen, ist freilich ein schwacher Trost.

Einen kleinen positiven Befund will Jikeli natürlich nicht verschweigen: Nach seiner Beobachtung signalisierten einige jüngere Zuwanderer, dass sie prinzipiell bereit seien, ihre eigenen Vorurteile zu hinterfragen. Und manche seien ehrlich überrascht, wenn sie hörten, wie viele Millionen Juden dem Holocaust zum Opfer gefallen sind.

Zwar gibt es erste Ansätze und Programme, wie dem höchst einseitigen Geschichts- und Weltbild, das jahrzehntelange Propaganda in den Herkunftsländern hinterlassen hat, entgegengesteuert werden soll. Doch viele Fragen sind hier noch vollkommen unbeantwortet. Jikeli bedauert: »Antiantisemiten sind nahezu unerforscht. Ihre Rolle ist aber oft entscheidend dafür, ob sich Antisemitismus weiter ausbreitet oder ob ihm Einhalt geboten wird. Was sind Faktoren, die Menschen zu Antiantisemiten machen, und wie können diese gestärkt werden?«

Solange jedoch auf solche Fragen keine Antworten gefunden sind, bleibt wohl leider weiterhin gültig, was die jüdische Soziologin Hannah Arendt 1941 niederschrieb: »Vor Antisemitismus aber ist man nur noch auf dem Monde sicher.«

(Spektrum - Die Woche, 05/2018)



IDENTIFIKATION

»Mit Psychologie allein **können wir Europa nicht retten**«

von Joachim Retzbach

EU-Kritiker hatten bei der Europawahl 2014 starken Aufwind. Wovon hängt es ab, ob wir uns als Europäer fühlen – und kann die Psychologie dazu beitragen, dass die Bürger enger zusammenrücken? Das untersuchen die Sozial-psychologen Oliver Lauenstein und Gerhard Reese in einem Forschungsprojekt.

Herr Lauenstein, Herr Reese, bei der Europawahl 2014 erstarkten wie befürchtet europaskeptische oder -feindliche Parteien. Warum fühlen sich offenbar so wenige EU-Bürger als Europäer?

Lauenstein: Wir wissen aus der Forschung: Je komplexer eine soziale Gruppe ist, umso schwerer fällt es Menschen, sich mit ihr zu identifizieren. Denn eine übergeordnete Identität muss ja alle darunterliegenden Kategorien abdecken. Sich etwa als »Deutscher« zu fühlen, sollte nicht nur West- und Ostdeutschen gleichermaßen offenstehen, sondern auch Bayern und Hessen, Ober- und Unterfranken, Nürnbergern und Fürthern ...

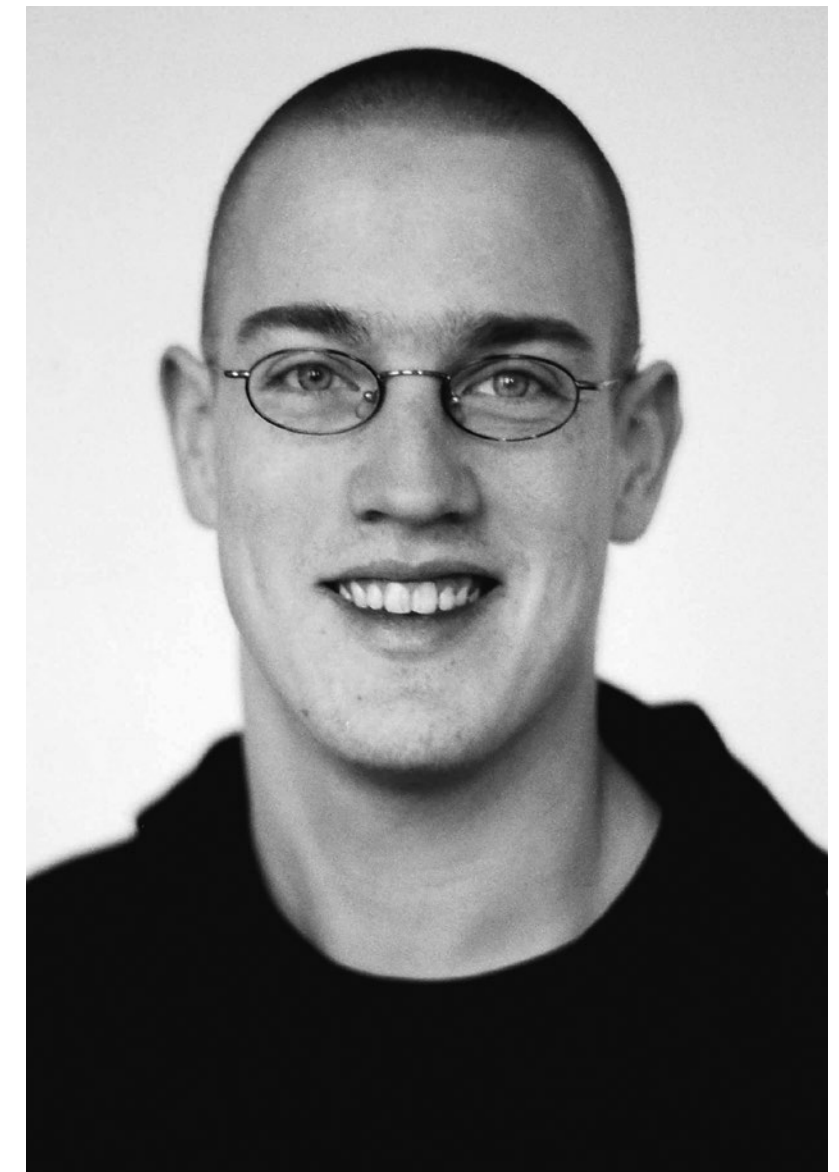
Wäre es dann nicht von der nationalen Kategorie lediglich ein weiterer kleiner Schritt, sich gleich mit ganz Europa zu identifizieren?

Lauenstein: Bei einer europäischen Identität kommen neue Schwierigkeiten hinzu. Etwa sprachliche Barrieren, aber auch religiöse Traditionen. Einige Länder sind historisch stark katholisch geprägt, andere protestantisch, manche haben kein ein-

deutiges Erbe. Davon abgesehen ist diese Identität nicht sehr alltagsrelevant: Die meisten von uns überlegen nicht ständig, was bedeutet dieses oder jenes für mich als EU-Bürger? Natürlich empfinden trotzdem viele Menschen ein starkes Zugehörigkeitsgefühl zu Europa. Allerdings zeigen Studien, dass die Identifikation in den letzten Jahren etwas abgenommen hat. Eine gewisse Krise scheint also da zu sein.

Wovon hängt es ab, ob ich eine Gruppenzugehörigkeit annehme oder ablehne?

Reese: Soziale Identitäten helfen uns dabei, sinnvoll mit unserer Umwelt zu interagieren. Mit welcher Gruppe wir uns in einer bestimmten Situation verbunden fühlen, ist dabei auch ein Stück weit instrumentell, also Mittel zum Zweck. Deshalb können wir unsere Identitäten auch recht flexibel anwenden. Wenn beispielsweise eine Wissenschaftlerin erfährt, dass neue EU-Gelder für internationale Forschungsprojekte ausgeschrieben werden, dann wird ihr die europäische Identität präsenter. Im Alltag der meisten Menschen geht es aber öfter um Themen, die eher die Landes- oder Kommunalpolitik betreffen, etwa ein neues Kohlekraftwerk vor der Haustür.



Oliver Lauenstein studierte Psychologie an der Universität Göttingen und promovierte dort sowie an der University of St Andrews (Schottland). Seit 2012 ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Persönlichkeitspsychologie und Psychologische Diagnostik der Universität Bamberg.

Sich dann als Thüringer oder Hamburger zu fühlen, erleichtert es uns, die relevanten Informationen zu verarbeiten und die für uns richtigen Schlüsse daraus zu ziehen.

Warum haben wir überhaupt so ein starkes Bedürfnis danach, uns als Teil einer Gruppe zu begreifen?

Reese: Das lässt sich zum Teil entwicklungsgeschichtlich erklären. Zu früheren Zeiten hat es zum Überleben beigetragen, sich mit anderen zusammenzuschließen. Man konnte Nahrung und Aufgaben teilen. Darüber hinaus bieten uns Gruppen bestimmte Normen, Werte und Verhaltensregeln. In einer Gemeinschaft wissen wir, was andere von uns erwarten und welches Verhalten sie akzeptabel finden. Ein Fan des FC Bayern München etwa wird am Spieltag keinen schwarz-gelben Schal tragen. Solche einfachen Schemata helfen uns, indem sie die Welt etwas übersichtlicher machen.

Geht das zwangsläufig mit einer eher negativen Einstellung gegenüber den Mitgliedern anderer Gruppen einher?

Lauenstein: Dazu haben sich bereits die Sozialpsychologen Henri Tajfel und John Turner in den 1970er Jahren Gedanken ge-

macht. Ihrer »Theorie der sozialen Identität« zufolge identifizieren wir uns vor allem mit solchen Gruppen, die unser Selbstbild positiv beeinflussen. Das erreichen wir etwa dadurch, dass wir unsere eigene Gruppe von anderen abgrenzen und sie in ein günstigeres Licht stellen – Psychologen sprechen von »positiver Distinktheit«. Sie ist nicht per se problematisch, allerdings bildet sie häufig die Grundlage dafür, Außenstehende abzuwerten.

Wie entstehen solche Gruppenidentitäten?

Reese: So genannte »Minimal Group«-Experimente zeigen, dass bereits eine willkürliche Einteilung von Probanden in Gruppen Identifikationsprozesse anstoßen kann. Es hat beispielsweise ausgereicht, Leute danach aufzuteilen, ob sie lieber Bilder von Kandinsky oder von Klee mochten, und schon entstand unter ihnen ein Gefühl der Zusammengehörigkeit. Diese Studien wurden später zwar kritisiert, sie zeigen aber: Zumindest unter Laborbedingungen führt eine einfache, im Grunde belanglose Unterscheidung zur Bildung einer Gruppenidentität. Im wahren Leben ist es natürlich etwas komplizierter.



Gerhard Reese studierte Psychologie und Sozialpsychologie an den Universitäten Erfurt, Jena und Canterbury (England). Er promovierte 2010 an der Universität Jena und leitet inzwischen an der Universität Koblenz Landau den Studiengang »Mensch und Umwelt: Psychologie, Kommunikation, Ökonomie«.

»Es scheint durchaus möglich zu sein, sich mit seinem Land zu identifizieren und gleichzeitig auf einer höheren Ebene mit Europa«

[Gerhard Reese]

Worauf kommt es da an?

Reese: Viele Gruppenzugehörigkeiten erwerben wir durch Sozialisation und Erziehung. In manche werden wir auch hineingeboren, etwa in unsere Staatsbürgerschaft. Ob wir uns später dann damit identifizieren, ist eine andere Frage :– aber de facto gehören wir erst einmal dazu. In der Regel werden wir auch in ein biologisches Geschlecht hineingeboren und in eine bestimmte Ethnie. Im späteren Leben entwickeln sich Gruppen zum Beispiel, indem sich Leute zusammenfinden, die dieselbe Meinung zu einem bestimmten Thema haben, wie etwa die Antiatomkraftbewegung oder politische Parteien.

Was war für Sie der Anlass, sich mit diesem Thema zu beschäftigen?

Lauenstein: Ich habe mich während des Fußballsommers 2006 gefragt: Wieso werfen sich Leute eigentlich mit so viel Elan für eine Nation ins Zeug? Aus psychologischer Sicht ergibt die Identifikation mit einem ganzen Land erst einmal wenig Sinn – weil das eine sehr abstrakte Kategorie ist. In meiner Doktorarbeit habe ich mich dann mit der Frage befasst, welchen Einfluss es hat, in einer bestimmten Art über eine Na-

tion zu sprechen. Frühere Forschung hatte gezeigt, dass familienbezogene Begriffe wie »Vaterland«, »Mutterland«, »Kinder der Nation« und dergleichen die Identifikation fördern. Allerdings scheint es sehr davon abzuhängen, zu wem man so spricht. Denn eher linksliberal eingestellte Leute werden von Begriffen wie »Vaterland« tendenziell abgeschreckt.

Wie erklären Sie sich die Krise der europäischen Identität?

Reese: Aktuell rücken in Europa nationale Identitäten wieder stärker in den Vordergrund. Neben allgemeinen Identitätsprozessen dürfte dabei auch die »relative Deprivation« eine Rolle spielen, also die Einschätzung, dass andere etwas haben, was eigentlich einem selbst zusteht – wirtschaftlicher Erfolg etwa. In einer noch unveröffentlichten Studie haben wir untersucht, wie bestimmte Einstellungen und die Identifikation mit Europa zusammenhängen. Erste Auswertungen zeigen: Wer die EU vor allem mit gemeinsamen Werten wie Solidarität verknüpft, fühlt sich europäischer als Menschen, die bei diesem Stichwort eher an den »Teuro« oder ausufernde Bürokratie denken. Es scheint aber

durchaus möglich zu sein – und ist vielleicht das Gesundeste –, dass man sich mit seinem Land identifiziert und gleichzeitig auf einer höheren Ebene mit Europa. Wer eine solche »duale Identifikation« aufweist, hat ein besonderes Interesse an der Lösung der Eurokrise und ist den europäischen Nachbarn gegenüber solidarischer eingestellt.

Europa ist ja nur ein kleiner Teil der Erde. Könnte man sich nicht gleich als »Weltbürger« fühlen, so dass innereuropäische Rivalitäten aus dieser Perspektive heraus zur Nebensache werden?

Reese: Auf jeden Fall dürfte die voranschreitende Globalisierung unsere Psyche beeinflussen, gerade auch Gruppenidentitäten. Über soziale Netzwerke können wir heute problemlos mit Menschen am anderen Ende der Welt in Kontakt treten; von wichtigen Ereignissen lesen wir nach einer halben Stunde im Internet – oder verfolgen sie gleich live. Das dürfte auf lange Sicht eine »globale Identität« fördern. Zwar ist diese Ebene dann sehr abstrakt, unsere Forschung zeigt aber: Wer sich mit der gesamten Menschheit identifiziert, spendet mehr für Hilfsorganisationen oder greift

eher zu »Fair Trade«-Produkten als zu konventionellen Alternativen. Eine globale Identität geht also mit stärkerem Gerechtigkeitsdenken einher; man nimmt soziale Ungleichheit genauer wahr.

Es besteht demnach noch Hoffnung darauf, dass sich die Menschheit einmal zusammenrauft und als große Gruppe begreift?

Reese: Ob es wirklich so weit kommen wird, ist schwer einzuschätzen. Laut unseren eigenen Studien und denen des amerikanischen Psychologen Sam McFarland etwa identifizieren sich derzeit nur rund 15 bis 20 Prozent der Probanden global – und selbst bei ihnen ist diese Überzeugung im Schnitt nicht besonders stark ausgeprägt. Es ist natürlich denkbar, dass sich das mit fortschreitender Globalisierung noch ändert. Man könnte allerdings auch kritisch fragen: Welche gemeinsamen Werte und Ziele kann eine Gruppe haben, die sieben Milliarden Mitglieder umfasst? Und wozu wäre das gut? Schließlich gäbe es ja alternativ die Möglichkeit, auf weniger umfassenden Ebenen zu bleiben, andere Gruppen aber dennoch wohlwollend zu betrachten.

EU – nein danke?

Seit der ersten Europawahl 1979 sank die Wahlbeteiligung kontinuierlich; 2014 betrug sie nur 43,1 Prozent. Gleichzeitig legten antieuropäische Parteien deutlich an Stimmen zu: In Frankreich erhielt der rechtsextreme Front National 25 Prozent, in Großbritannien kam die europakritische UKIP auf 28 Prozent. Die AfD holte in Deutschland aus dem Stand 7 Prozent.

Täuscht der Eindruck, dass sich sozialpsychologische Erkenntnisse über Gruppenverhalten nur schwer in die echte Welt übertragen lassen?

Lauenstein: Das ist ein Grunddilemma der psychologischen Forschung. Inwieweit darf man Befunde aus dem Labor, oft auch noch an Studierenden gewonnen, generalisieren? Je weiter man sich vom Kontext der konkreten Studie entfernt, desto strittiger wird das. Psychologische Theorien können aber dazu beitragen, ein besseres Verständnis von komplexen sozialen Prozessen zu bekommen. Und es gibt immer wieder Forscherinnen und Forscher, die darauf auf-

bauend Interventionen entwickeln, mit denen sie in Krisenregionen zu helfen versuchen. In Ruanda etwa gibt es Projekte mit Radiosendungen, die psychologisch fundiert die Aussöhnung der Konfliktparteien fördern sollen.

Reese: Ein Problem ist die Diskrepanz zwischen dem, was wir auf der Mikroebene herausfinden, und den Verhältnissen auf der Makroebene, wo es politische Institutionen gibt, staatliche Regulierung und so weiter. Mit Psychologie allein können wir Europa nicht retten. Denn jede politische Entscheidung hängt davon ab, welche Institution gerade wie viel Macht hat, welche Strömungen vorherrschend sind. In einer Demokratie werden diese Verhältnisse aber von Individuen und ihren Wahlentscheidungen geschaffen. Hier kann die Forschung ansetzen.

Was könnte man konkret gegen die Krise der europäischen Identität unternehmen?

Reese: Die Forschung zeigt überraschenderweise, dass es vorteilhaft ist, wenn man Europa als ein sehr komplexes, uneinheitliches Gebilde aus vielen Regionen und

Kulturen wahrnimmt – in dem die Eigenheiten einzelner Länder nicht viel Platz haben. Unter diesen Umständen neigen Deutsche dann weniger dazu, von ganz Europa »typisch deutsche« Eigenschaften zu erwarten, Franzosen wiederum halten Europa insgesamt für weniger französisch und so weiter. Diese Sichtweise entspräche durchaus der europäischen Geschichte: Noch vor wenigen Jahrhunderten gab es nicht die heute klar abgegrenzten Nationen, sondern einen bunten Flickenteppich aus verschiedenen Gruppierungen und Gebieten. Wo dieses Bild von Europa vorherrscht, könnte nationales Gehabe in den Hintergrund treten.

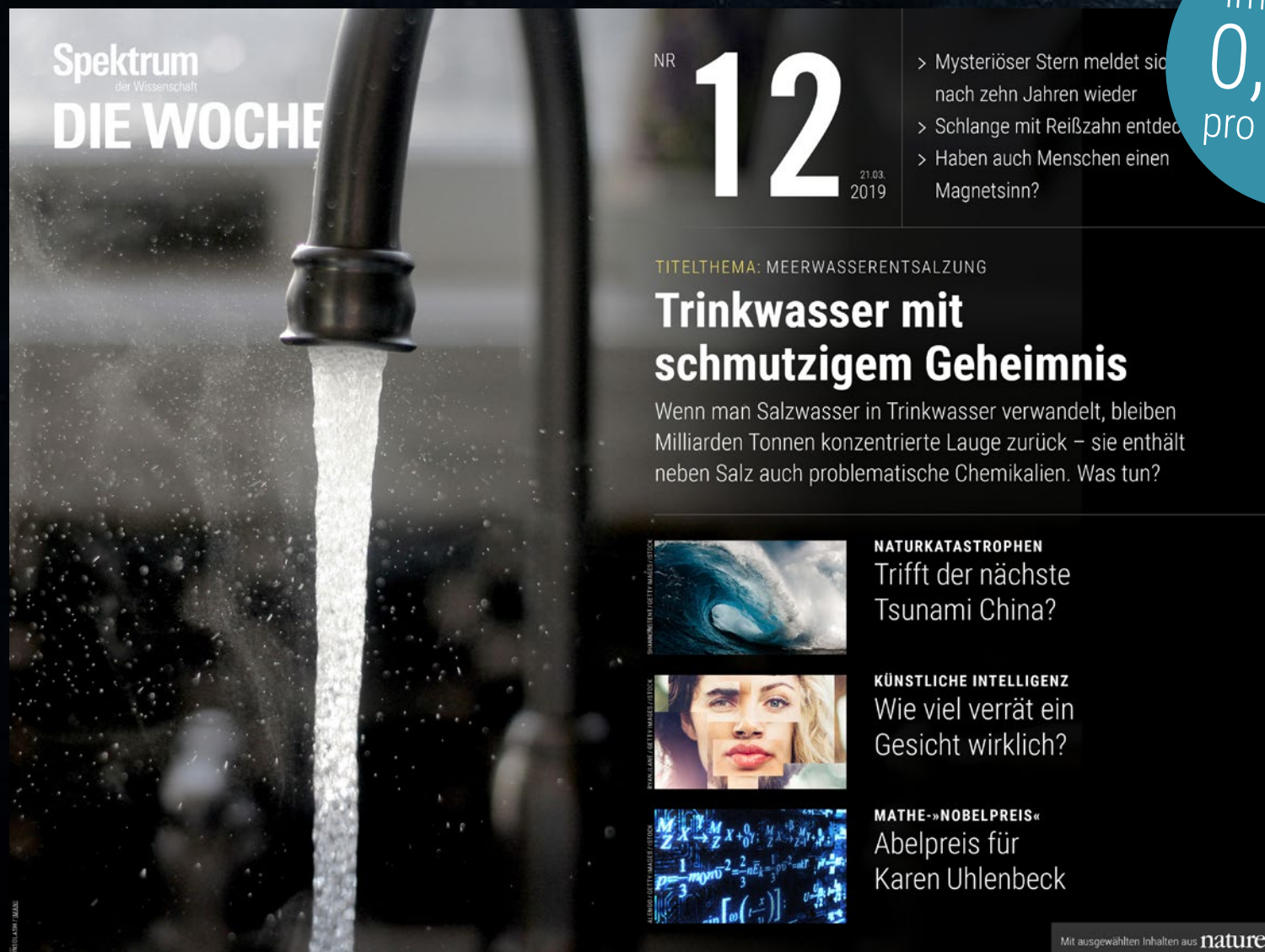
Lauenstein: Zusätzlich würde ich empfehlen, die Motive der Europakritiker genau zu untersuchen. Die jüngsten Zusammenschlüsse etwa von Menschen, die an bestimmte Verschwörungstheorien glauben, wie viele Teilnehmer der Pegida-Demonstrationen oder der Montagsdemos, mögen auf den ersten Blick einfach nur bizarr wirken. Die psychologischen Prozesse, die hinter diesen Bewegungen stehen, sollte man aber ernst nehmen. Viele Europagegner fühlen sich von den aktuellen Entwick-

lungen bedroht. Ein Bedrohungsgefühl ist ein starker Anschlag für die Flucht in übersichtlichere Identitäten – denn die bieten Sicherheit. Ängste zu nehmen, kann gegen eine allzu plumpe nationale Identifikation helfen. ↩

Das Interview führte der Diplompsychologe und Wissenschaftsjournalist Joachim Retzbach.

(Gehirn&Geist 03/2015)

Reese, G., Lauenstein, O.: The Eurozone Crisis: Psychological Mechanisms Undermining and Supporting European Solidarity. In: Social Sciences 3, S. 160–171, 2014



Im Abo nur
0,92 €
pro Ausgabe

Jetzt bestellen!
**Das wöchentliche
Wissenschaftsmagazin**
als Kombipaket im Abo:
Als App und PDF

HIER ABONNIEREN!

Jeden Donnerstag neu! Mit News, Hintergründen, Kommentaren und Bildern aus der Forschung sowie exklusiven Artikeln aus »nature« in deutscher Übersetzung. Im Abonnement nur 0,92 € pro Ausgabe (monatlich kündbar), für Schüler, Studenten und Abonnenten unserer Magazine sogar nur 0,69 €.